



Herausgegeben vom
Ev.-luth. Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg

Redaktion:
Klaus-Markus Kühnel und Stephan Wichert-von Holten

Deckblattgestaltung: Henning Schulze-Drude

Fazit

Selig sind die die Friedfertigen. (Matthäus 5,9)

Beide, Demonstrierende und Polizei haben im Verlauf des Castorgeschehens immer wieder Wort gehalten. Es ist mehr als ein Eindruck: Eine friedliche Räumung der Sitzblockade von mehr als 3000 Menschen auf den Schienen in Harlingen wäre ohne das Zusammen-Wirken von Demonstrierenden und Polizei nicht möglich gewesen. Dieses Zusammenwirken gab es unseres Erachtens nur, weil beide Seiten zwar das Vorgehen der anderen nicht gutheißen konnten, aber respektierten. Aus diesem Respekt ist Handeln geworden.

Die Friedfertigkeit der allermeisten Demonstrierenden hat uns beeindruckt. In Harlingen haben die Verantwortlichen der Polizei erstmals grundlegend festgestellt: „Das hier ist eine friedliche Demonstration!“ Die Polizei hat ihr Vorgehen im Großen und Ganzen auf diese Friedfertigkeit eingestellt, den Einsatz ihrer Zwangsmittel entsprechend begrenzt und diese Entscheidung durchgehalten. Sie hat auf Kritik von außen reagiert und sich auch selbst korrigiert.

Wir haben noch nie so viele Demonstrierende erlebt, die so lange und beharrlich für ihre Überzeugung eingetreten sind. Sie wussten, wofür sie da sind. Und wir haben noch nie so viele Polizeibeamte jeglichen Dienstgrades mit einer so hohen Zustimmung für das Anliegen des Protestes gesehen, offen reden gehört und im Gespräch mit Demonstrierenden erlebt. In unseren Beobachtungen und Gesprächen mit Beteiligten aller Seiten wurde deutlich, dass nicht nur die verfehlte Atompolitik sondern auch die bürgerferne Haltung der Regierenden sowohl Demonstrierende wie auch die Polizei in diesen Konflikt bringt und auf Kosten beider ausgetragen wird.

Erlebt haben wir Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen, die nach 26 oder mehr Stunden Dienst ohne angemessene Pause, Schlaf und Verpflegung am Ende ihrer Kräfte waren. Neben der mangelnden Fürsorge gegenüber den Beamten sehen wir auch die Gefahren, die von Kurzschlusshandlungen von kräftemäßig vollkommen überforderten Beamten ausgehen können, wenn sie nach so langen Dienstphasen Menschen wegtragen und Versammlungen auflösen müssen. Viele der von uns beobachteten rabiaten Zugriffe haben nach unserer Einschätzung ihren Ursprung in der Erschöpfung.

Wie bereits im Bericht 2008 mussten wir wiederum einen deutlichen Unterschied zwischen Landespolizei und Bundespolizei im Umgang mit Demonstrierenden feststellen. Bei den Landespolizeieinheiten hatten wir den Eindruck, dass sie im Umgang mit unterschiedlichem Verhalten Demonstrierender nicht nur geübt sind und damit angemessener umgehen können, sondern sich auch als rechtsstaatliche Begleiter des Demonstrationsrechtes verstehen. Bei den Bundespolizeieinheiten hatten wir den Eindruck, dass sie vor allen Dingen auftragsfokussiert auf die Einbringung der Castoren gerichtet sind, die ihnen anvertraute Strecke verteidigend handeln und allein dadurch der Demonstrierende ihnen zum Gegner gerät, ob sie wollen oder nicht.

Als Seelsorger haben wir in diesem Jahr besondere Zustimmung erlebt. Viele haben es uns gegenüber ausdrücklich begrüßt, dass die Kirchengemeinde Gartow, unterstützt durch den Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg und die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, gegen die Wiederaufnahme der Erkundung nach Bergrecht ohne Alternativstandortsuche und ohne Bürgerbeteiligung Klage eingereicht hat. Unsere Position als Kirche drückt die „ungehaltene Rede“ des Landessuperintendenten und Bischofsvikars Hans-Hermann Jantzen aus.¹

¹ Diese Rede ist auf Seite 27 der Berichte abgedruckt. Weitere Stellungnahmen kirchlicher Gremien sind im Internet über www.kirchenkreis-luechow-dannenberg.de unter der Rubrik „Nachrichten“ zu finden.

Viele Menschen haben uns gesagt: „Gut, dass ihr da seid!“ Wir haben wiederum den Eindruck, dass die bloße Anwesenheit der Seelsorger in den weißen Westen schon Gewalt zu verhindern hilft und einen menschlicheren Umgang miteinander befördert.

Aber: Wir können nur berichten, was wir gesehen haben.

Andere berichten uns auch von härterem Zugreifen der Polizei (eine große Zahl an Verletzten, gewalttätige Übergriffe auf friedliche Demonstrierende, Verstöße gegen Menschenrechte). Wir fragen uns: Unterscheidet sich das Verhalten, wenn wir als Seelsorger in den weißen Westen erkennbar vor Ort sind, von dem Verhalten, wenn wir nicht anwesend sind?

gezeichnet Superintendent **Propst Stephan Wichert-von Holten**
für die beteiligten Seelsorgerinnen und Seelsorger

Berichte

Michael Ketzenberg, Stephan Wichert-von Holten

Worte schaffen guten Demonstrationsverlauf

Freitag, 5. November; Lüchow; ab 11.00 Uhr

In allen Bereichen war dies die entspannteste Schülerdemo, die wir bisher miterlebt haben. Das hatte mehrere Gründe. Zum einen haben wir eine sehr besonnene Schülergruppe mit einer klaren Sprecherin in der Veranstaltungsleitung erlebt, die die Atmosphäre prägte. Neben gut gewählten Worten in Ansagen und Ansprache bei den Kundgebungen gab es keinerlei Hetzreden oder Beschimpfungen. Dies führte von Anfang an zu einer beruhigten Stimmung. Zum anderen war (mit Ausnahme der kooperativen Konfliktmanagern der Polizei) die Polizei nahezu „unsichtbar“. Hierdurch gab es keinerlei Provokationsfläche. Nur am Kreisel waren Uniformierte zu sehen, die in aller Ruhe in lockerer Reihe und ohne Helme den Weg zur Polizeiuunterkunft abgesperrt haben. Sie wurden aber weder provoziert noch waren sie selber offensiv. Bis auf sehr Vereinzelte (die aber in jeder Weise sich an Anweisungen und Absprachen hielten) zog der Demonstrationzug sehr bald wieder in Richtung Innenstadt. Ein auswertendes Gespräch der Konfliktmanager ergab, dass insgesamt vielleicht zwei Eier geflogen sind, die aber nicht auf Personen gezielt waren. Das positive Klima auf beiden Seiten sorgten für einen friedlichen Ablauf der Schülerdemo. So kann das immer sein!

Stefan El Karsheh

Motorradjacke eine Waffe?

Freitag, 5. November; Lüchow; 10.00 Uhr

Insgesamt ist die Schülerdemo ohne nennenswerte Vorfälle verlaufen. Absurd war: Fünf Beamte standen bei REWE vor der Kasse und suchten die Schüler nach Eiern ab. Dabei ist es gegen 10.00 Uhr zu einer "polizeilichen Maßnahme" gekommen, wie mir ein Beamter hinterher erklärte. Dieser hat einem jungen Schüler mit Motorradjacke erklärt, dass er mit dieser Bekleidung nicht zur Demo zugelassen sei, weil die Jacke mit Protektoren gegen das Waffenabwehrgesetz verstoße. Sollte er dennoch auf die Demo gehen, würde er mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben. Da er keine andere Jacke dabei habe, gehe der Beamte von Vorsatz aus, was den Tatbestand erhärte. Auf meine Frage, ob der Beamte diese Aussage ernst meine und ob er das verhältnismäßig finde, derart auf Schüler einzureden, die in diesem Landkreis Roller fahren müssen, antwortete dieser: "Aber sicher."

Michael Gierow. Andreas Tuttas, Michael Ketzenberg

Abgrillen!

Freitag, 5. November, Neu Tramm; 19.00 bis 20.45 Uhr

Traditionell luden die Breselenzer zum Grillen an der Polizeikaserne ein. Zwar waren (nach unser Beobachtung) erstmalig zwei Polizeikontrollpunkte in Breselenz und einer in Volkfien (Zufahrt Feuerwehrmuseum), die teilweise auf Unverständnis bei den Bewohnern stieß, doch war die Zufahrt über die Bundesstraße nach Neu Tramm ohne Schwierigkeiten möglich. Vor Ort fanden wir freundliche „Dorffest-Stimmung“ vor. Die Polizei war gut vorbereitet, indem sie von vorneherein die Zufahrt zur Kaserne abgesperrt hatte. Wir beobachteten freundliche Gespräche zwischen Polizei und Bürgern. Konfliktmanager waren vor Ort – aber weder ihr noch unser Eingreifen war an diesem Abend notwendig. Ein guter Auftakt!

Bernd Abesser, Susanne Ackermann, Dieter Borchert,
Stefan El Karsheh, Jörg Prahler, Christine Ruegg-Hermes

Quickborn – das inhaftierte Dorf

Freitag bis Dienstag, 5. bis 9. November, Quickborn

Auch während der Castortage gibt es bislang unbekannte Geräusche. In diesem Fall war es ein Scheppern und ein Rasseln. Gegenüber dem Pfarrhaus wurden hüfthohe Metallgitter abgeladen und das dem Pfarrhaus gegenüberliegende Stück Brachland abgegittert. Zuerst wurden diese Absperrungen großzügig und ohne jede Nachfrage auf dem Kirchenland aufgebaut. Auf eine erste Beschwerde hin so weit vorgezogen, dass nur noch die Standfläche ein kleines Stück vom öffentlichen Grund auf das Kirchgrundstück hineinragte. „Diese Standfläche dürfen die Demonstranten aber betreten“, versprach der Berliner Hundertschaftsführer. Also durften die Gitter so stehen bleiben.

Praktisch jedes freie Grundstück wurde auf diese Weise abgegittert, dazu auch alle Nebenstraßen und einige Hofeinfahrten. Bereits zum Wochenende waren die meisten Straßen, die die Transportstrecke in Quickborn kreuzten durch solche Gitter und nebenstehende Polizeifahrzeuge verschmälert. An jeder Kreuzung waren weitere Sperren vorhanden, um auch die noch vorhandenen Lücken dichtzumachen. Ebenso Polizeisperren am Ortsausgang nach Dannenberg und nach Langendorf. Eine klaustrophobische Stimmung liegt über dem Ort.

Dann wird das Dorf ausgeleuchtet. Die Polizei baut entlang der Hauptstraße Lichtmasten auf. Die Generatoren laufen die ganze Nacht. Die Schiebetüren der Polizeifahrzeuge werden im 5 Minuten Takt aufgemacht und zugeworfen. Die ganze Nacht. Einzelne Höfe bekommen eine Sonderbewachung.

Samstag und Sonntag findet in der Kirche ein Kulturprogramm statt. Der Besuch ist spärlich, allerdings ist das Dorf auch kaum noch zu erreichen. In der kleinen Ortschaft Quickborn steht Jörg Prahler am Samstagabend innerhalb von 30 Metern vor zwei Polizeisperren. An der ersten Sperre wird Jörg Prahler nicht kontrolliert, sondern zwei Traktoren. Er steht 15 Minuten. Ein kurzes Stück weiter will man seinen Ausweis sehen. Der Beamte leuchtet mit der Taschenlampe den Rücksitz und den Kofferraum aus. Er fährt nach Langendorf, kehrt zur danach zurück und wird am Ortseingang innerhalb von 30 Minuten das dritte mal kontrolliert: „Den Ausweis bitte! ... Wo wollen Sie hin?“ „Ja, nach Hause!“ „Woher soll ich das denn wissen?“ „Sie haben doch meinen Ausweis in der Hand!“ „Bitte den Kofferraum öffnen!“ Er muss aus dem Wagen steigen, den von außen einsehbaren Kofferraum öffnen. Darin findet sich eine große Sporttasche, über den Boden ist eine Decke gebreitet. Alles und nichts kann darunter und darinnen sein. Aber lüften muss er die Decke und öffnen die Sporttasche nicht: „In Ordnung, Sie können weiterfahren!“ Er fragt sich, was sollen solche Kontrollen? Ausweise, die nicht gelesen werden, Taschen, die nicht kontrolliert werden? Geht es um eine stumpfe Routine oder um die Vermittlung eines bestimmten Gefühls. „Wir sehen alles!“ im Sinne einer präventiv-psychologischen Methode?

Das ganze nimmt noch absurdere Züge an. Ein Gemeindeglied erzählt Jörg Prahler von der folgenden Ausweiskontrolle. Im Auto sitzen fünf Personen, vier Ausweise werden dem Polizisten gereicht: „Alles in Ordnung, Sie können weiterfahren.“

Aber dieser Druck zeigt Wirkung: Eine ältere Frau spricht Jörg Prahler am Sonntag an, auch ihr Grundstück ist abgegittert. Sie ist zur Kirche gegangen, weil sie einmal raus wollte. Sie fühlt sich wie eingesperrt. Der Kirchgang, ein Ausweg in die Freiheit. Jörg Prahler bittet die Beamten an dem besagten Haus zumindest einen Teil ihrer Gitter wieder abzubauen. Sie versprechen, das zu tun. Später erfährt er aus Gesprächen: So wie jener Frau erging es vielen in unserem Dorf. Sie fühlten sich bedrückt, eingengt, unter dauernder Kontrolle – unfrei.

Am Montag stehen auf einmal Polizeifahrzeuge auf dem Kirchgrundstück gegenüber dem Pfarrhaus. Die Absprache mit dem Berliner Einsatzleiter hat offensichtlich keinen Bestand. Die Brache ist jetzt Parkplatz für die Polizei – kein Ort an dem demonstriert werden dürfte. Daran ändern weder der Einspruch von Jörg Prahler noch die Beschwerde des Pächters etwas. Das Ärgerliche: Ringsum gibt es für die Polizei mehr als genug Abstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge – es müsste kein Privatgelände in Besitz genommen werden. Auch gibt es ja keinerlei Notsituation, denn es sind nirgendwo Demonstrierende zu sehen. Zwei Konfliktmanager erreichen schließlich, dass alle Fahrzeuge bis auf eines abgezogen werden. Das letzte bleibt dort wegen des günstigen Funkempfangs. Am kommenden Morgen ist die Wiese wieder von Polizeiwagen besetzt.

Ebenfalls werden völlig willkürlich Straßen für den Fußgängerverkehr gesperrt: Auf einmal darf man vom Pfarrgelände nicht mehr in den Schützenweg hinüber und umgekehrt. Der Übergang ist grundlos dicht gemacht. Wer an die Polizeisperre tritt, wird einen mehrere hundert Meter weiten Umweg entlang geschickt. Warum, ein Sinn ist nicht zu erkennen? Die Seelsorger hingegen lässt man durch.

Die Castoren stehen noch für Stunden hinter einem Bierlaster, aber in Quickborn ist kaum ein Schritt mehr ohne Ausweis, Angabe von Gründen und gegebenenfalls weiteren Umwegen möglich.

Als Montag Stefan El Karsheh, Christine Ruegg-Hermes und Bernd Abesser gegen 23.15 Uhr beschließen, in Richtung Gorleben aufzubrechen, rechnen wir im Prinzip alle damit, dass das trotz weitreichende Befugnisse für die Seelsorger nicht möglich sein wird. Wie schätzen andere Bürger wohl ihre Chancen ein, sich in unserer Region sich noch bewegen zu können? Ist das vielleicht auch Sinn und Zweck der Übung, ganze Dörfer quasi unter „Hausarrest“ zu stellen? Eine solche Wirkung kann diese Polizeitaktik zumindest haben.

Das Gefühl, dass nichts mehr geht, obwohl im Ort ja gar nichts passiert. Es sind wenige Atomkraftgegner anwesend und sie verhalten sich vollkommen ruhig. Es ist da keine Gefahr, die gebannt werden müsst. Gebannt wird das öffentliche Leben.

In der Nacht zu Dienstag ein Konflikt in der Dorfstraße. Polizei ist außerhalb des 50 Meter Streifens in großer Stärke und voller Montur angerückt. Was geschehen ist, ist nicht mehr genau zu ermitteln. Es heißt, Polizei sei auf die Grundstücke gegangen, um dort parkende Autos zu untersuchen. Daraufhin hätten sich Aktivisten genähert und die Polizisten Verstärkung angefordert. Jetzt steht auf der Straße ein Feuerkorb, der den Polizeibus an der Durchfahrt hindert. Zuerst ist die Lage gespannt, dann einigt man sich – die Polizei zieht sich zurück, der Feuerkorb wird wieder an den Straßenrand gestellt. Die Stimmung ist am Ende fast heiter.

Überhaupt sind die Polizeibeamten bei allen Gesprächen im Dorf höflich und freundlich. In Einzelfragen sind sie durchaus zugänglich, haben Verständnis für den Ärger der Bevölkerung und für ihren Protest gegen die Atomenergie. Wir erleben echtes Interesse an den Sorgen und Nöten der Menschen vor Ort und im Prinzip scheint es Konsens zu sein, dass eine falsche Politik hier Polizei und Demonstranten aufeinander treffen lässt. Diese begrüßenswert offene und freundliche Art fällt vielen auf und macht die Stimmung im Dorf eben gerade noch erträglich.

Dennoch bleibt festzuhalten: Bei keinem Castortransport zuvor schienen die Bewegungsmöglichkeiten in den Dörfern entlang der Strecke so eingeschränkt zu sein. Noch nie war der Eindruck, im eigenen Lebensumfeld eingesperrt zu sein, so stark. Das Gefühl der Beklemmung war über viele Tage hinweg allgegenwärtig und eine Last und eine Zumutung für die ansässige Bevölkerung.

Johannes Link, Jens Rohlfing

„Molli“ in Leitstade

Sonntag, 7. November; Leitstade; 10.00 Uhr

Im Wald bei Leitstade versuchen „Schotterer“ immer wieder in kleinen Gruppen auf das Gleis zu kommen. Von Demonstranten hören wir, dass die Polizei sie ohne Vorwarnung mit Schlagstockeinsatz und Pfefferspray daran gehindert habe. Im Wald hängen beißende Tränengasschwaden. Ein Panzerfahrzeug der Polizei brennt an einer Stelle. Nachdem verschiedene Fotografen ihre Bilder gemacht haben, löschen die Polizisten das Feuer nach einigen Minuten. Am Weg entdecken wir Scherben eines kleinen „Molotowcocktails“ und weitere unzerbrochene kleine Glasflaschen, die mit Altöl oder ähnlichem gefüllt zu sein scheinen.

Sonntag, 7. November; Leitstade; 10.40 Uhr

Ein einzelner Polizist hat Reizgas abgekomen und wird von seinen Kollegen versorgt. Jens Rohlfing erkundigt sich besorgt, ob das vielleicht ein Angriff der Demonstranten war. Er bekommt keine Antwort. Vielleicht ist er eine Tränengasschwade geraten?

Daniela Hennings, Johannes Link, Ulrike Müller-Lange, Jens Rohlfing

Üben tät gut!

Sonntag, 7. November; Harlingen, Bahnkilometer 188; ab 12.30 Uhr

In den langen Verhandlungen zwischen Einsatzleitung und Organisatoren war zugesagt worden, dass alle Blockierer getragen würden. Immer wieder müssen wir einige der mit der Räumung beauftragten Beamten daran erinnern. Sie scheinen das noch nicht gehört zu haben und weigern sich zu tragen: „Ich bin doch nicht blöd!“ Diese Weigerung ist nach zum Teil. 30-stündigen Dienst und dem zwei Kilometer langen unwegsamen Transportweg zur Gefangenessammelstelle zwar einerseits verständlich. Wir verstehen allerdings nicht, dass dann schmerzhaft Griffe angedroht und angewendet werden, wenn Demonstranten sich weigern aufzustehen und freiwillig selber zu laufen. Das ist unserer Ansicht nach nicht das mildeste Mittel im Umgang mit gewaltfreien Sitzblockierern. In einem Fall beobachten wir, wie einem Blockierer mit dem Knie der Genitalbereich gequetscht wird. Er schreit laut und wird blass vor Schmerzen.

Auch gegen das Schleifen über den Schotter - in einem Fall sogar nur an den Füßen gezogen, so dass der nackte Rücken über die Steine schleift - protestieren wir. Vier Blockierer werden mit Hilfe eines um den Leib geschlungenen Seiles auf dem Rücken die Böschung hinaufgezogen. (Hinterher erzählen sie, dass sie sich dabei wie ein Stück Vieh behandelt fühlten.) Erst später merken die Beamten, dass es einen viel bequemeren Weg am Bahndamm entlang gibt.

Wir erinnern die Polizisten daran, dass diese Menschen hier auch ihre Kinder oder Eltern sein könnten. In manchen Fällen haben wir Erfolg mit unseren Einsprüchen und die Beamten ändern ihre Methode oder nehmen unseren Rat an, sich zwei weitere Kollegen zu Hilfe zu holen. Wir fragen uns, warum angesichts dieser schweren Arbeit nicht grundsätzlich zu zweit getragen wird.

Viele Beamte räumen freundlich, indem sie den Menschen erklären, was sie vorhaben: Sie nutzen ihre Schlagstöcke als Tragehilfe unten den Armen und in den Kniekehlen. Wir beobachten, wie sie diese offenbar sinnvolle Methode anderen Beamten zeigen, die das nicht zu kennen scheinen. Wir beobachten, dass Druck bei der Polizei meist Gegendruck bei den Demonstranten erzeugt. In einem Fall wird ein wildes Handgemenge mit einem am Boden liegenden Blockierer dadurch entspannt, dass ein Vorgesetzter sagt: „Schritt zurück!“ Und alles sortiert sich neu, ohne Hektik. Freundliche Zuwendung und Ansprache führen in den meisten Fällen dazu, dass die Blockierer nach einigen Metern selber gehen.

Von dem Spruch einiger Beamter: „So, hier sind keine Kameras mehr, jetzt kannst du selber laufen“; fühlen sich viele Blockierer missverstanden: „Ich bin doch nicht hier, weil ich ein Passbild brauche, sondern weil ich alles gegen diesen Wahnsinn tun will, was ich kann.“

Besonders geduldig bemühen sich zwei baden-württembergische Beamte um einen englischsprachigen Demonstranten. Mehrere Minuten lang kramen sie all ihr Schulenglisch hervor, um den Mann zum Laufen zu überzeugen, bleiben allerdings erfolglos und müssen doch tragen.

Ein Beamter erzählt, er habe eigentlich am nächsten Tag einen Termin beim Radiologen wegen Verdachts auf Bandscheibenvorfall. Jens Rohlfing rät ihm, diese schwere Arbeit nicht zu tun und sich eine Krankschreibung zu holen. Sein Pflichtbewusstsein scheint allerdings stärker zu sein.

Unser Eindruck ist:

Angesichts der polizeilichen Unterlegenheit bestand die Gefahr, dass die Polizei zu unverhältnismäßigen Mitteln wie Schlagstock, Wasserwerfer oder Reizgas greift. Diese Eskalation ist offenbar auch durch die Kooperationsbereitschaft der Demonstranten verhindert worden. Hätten sich alle Blockierer geweigert zu laufen, wäre die Grenze der Belastbarkeit bei den Polizeibeamten eindeutig überschritten worden. Das hätte das Risiko erhöht, dass die Situation kippt.

Einige gelungene Interventionen der Polizei zeigen, dass man das Räumen einer friedlichen Sitzblockade noch besser üben kann: Ruhige Ansprache, die Verständnis für das Anliegen zeigt, keine Eile, Erleichterung des Tragens mit Hilfe zweier Schlagstöcke und zu Viert sind unserer Ansicht nach geeignete Deeskalationsmöglichkeiten.

Helge Bechtloff, Rainer Künne-Rosien

„Augen zum Störer“

Sonntag, 7. November; Harlingen; ab 13.15 Uhr

Um 13:15 Uhr erreichen wir in Harlingen die Wiese an der Brückenunterführung. Dort ist eine Volksküche aufgebaut. Ein Musikwagen beschallt die Umgebung in der Nähe des Bahndamms. Wir begeben uns dann weiter zur Schiene. Dort sitzen Demonstranten auf der Schiene, die dort in einer Kurve in einem Hohlweg verläuft, auf einer Länge von etwa 1,2 km. Die Atmosphäre ist dort ruhig. Die Polizei sichert die Örtlichkeit teilweise mit Hunden. Eine Reiterstaffel zieht Richtung Wiese ab. Nach Lautsprecherdurchsagen der Veranstaltungsleiter sollen etwa 1300 Menschen auf den Schienen sein. Die Stimmung dort ist ausgelassen und fröhlich. Außerhalb des Hohlweges sorgen Gruppen und Einzelne für musikalische Ablenkung, mal Harfenklang, mal Jazz, mal Sambarhythmen. Es wird gesungen und getanzt. Die Demonstranten haben sich mit Stroh und Decken sowie mit Rettungsaluminiumdecken gegen die Kälte geschützt.

Ein Gespräch mit zwei Konfliktmanager der Polizei vor Ort kommt nicht zustand. Beide gehen wortlos an uns vorbei – schade.

Um 14:45 erreichen wir den Anfang der Blockade in der Nähe des Bahnübergangs Posade. Dort stellen wir fest, dass Polizeibeamte aus Bremen eingesetzt sind. Diese teilen uns mit, dass sie bereits seit etwa 4:00 Uhr nachts eingesetzt seien. Wir haben daraufhin den Einsatzleiter vor Ort angesprochen. Dieser teilte uns mit, dass es Schwierigkeiten gäbe, andere Einheiten an die Stelle heranzuführen. Wir nehmen Kontakt mit einem anderen Team der Konfliktmanager auf und bitten den Missstand den eingesetzten Polizeibeamten entsprechend weiterzuleiten. Dort teilte man uns mit, dass dies bekannt sei. Aufgrund der Blockaden sei es schwierig, dass die Polizei Einheiten nachführen könne. Man versprach uns, sich um diese Angelegenheit nochmals zu kümmern.

Etwa um 17:00 Uhr teilen die Veranstalter mit, dass zwischenzeitlich etwa 5000 Leute auf den Schienen sein. Die Stimmung ist gut. Andererseits erfahren wir in weiteren Gesprächen mit den eingesetzten Polizeibeamten, dass sie lange nicht geschlafen hätten. Ich sehe, dass ein Einsatzleiter sich darum bemüht, dass die an diesem Ort stehenden Beamten wenigstens Getränke erhalten. Helge

und ich ziehen uns zunächst noch in der Dämmerung zurück, um uns örtlich am Abend besser orientieren zu können.

Etwa um 19:11 Uhr am begeben wir uns wieder zum Bahnübergang bei Posade. Im Radio wird darum gebeten, Lebensmittel, Getränke und Decken mitzubringen, da die auf den Gleisen Sitzenden möglicherweise länger dort verbleiben müssten.

An den Gleisen angekommen, sehen wir, dass bereits Tee, Suppen und Bananen herangeschafft worden sind. Wir helfen mit, die Bananen zu verteilen. Die Stimmung unter den Demonstranten ist gut. Es wird durchgegeben, dass der Castor zwischenzeitlich bei Dumstorf / Oldendorf stehen geblieben sei, da sich 70 Leute vor den Zug gesetzt hätten. Darüber hinaus sei die Gohrde blockiert. Dort hätten Trecker einen Wasserwerfer eingekesselt. Die Polizei könne ihre Beamten nicht nachführen. Auf den Schienen sollen sich noch etwa 3000 Leute befinden.

Wir sehen jetzt auch, dass Kleinlastwagen für die Polizei mit Essen parallel zu dem Hohlweg herangeführt wurden und nunmehr die Beamten essen und trinken bekommen können. Soweit wir das sehen können, wurden die Bremer Beamten noch immer nicht ausgewechselt.

Etwa zwischen 21:30 Uhr und 22:00 Uhr erhalten wir Verstärkung von mehreren Teams. Es ist jetzt auch Herr Wichert-von Holten und der Landessuperintendent anwesend. Angesichts der Situation stellt sich die Frage, ob hier nicht eine Protestnote an die Verantwortlichen geschrieben werden müssten, da die Polizeibeamte in unzumutbarer Weise zu lange eingesetzt seien und ein Einsatz unter diesen Bedingungen nicht mehr verhältnismäßig stattfinden könne. Dies und die Verteilung der Teams wird von uns Seelsorgern in einem Gruppengespräch besprochen.

Unsere Teams verteilen sich dann über die gesamte besetzte Strecke. Etwa gegen 0:00 Uhr stellen wir fest, dass die Lage zurzeit ruhig ist. Es wurde auch mitgeteilt, dass der Castorzug zwischenzeitlich in Dahlenburg stehen geblieben sei und nicht mehr weiterfahre. Wegen der ruhigen Situationen entschließen wir uns, nicht mit so vielen Teams an der Schiene zu sein. Helge und ich verabschieden uns und gehen zurück. Auf dem Rückweg gibt es noch einige freundliche Gespräche mit Demonstranten und Polizisten. Einige Polizisten leuchten im Wald mit ihren Taschenlampen den zertretenen Weg aus, wofür wir uns bedanken.

Als wir gegen 0:30 Uhr an der Wiese vor der Brückenunterführung ankommen, trauen wir unseren Augen nicht. Eben noch wurde vorne an den Gleisen in Posade unter Berücksichtigung der überforderten Polizeibeamten und Demonstranten überlegt, wie die Situation weiter gestaltet werden könne. Nun sehen wir auf der Wiese bei der Bahnunterführung eine Szenerie, als sei ein in gleißendes Licht getauchtes Ufo gelandet. Wir sehen, dass die Volksküche und der Musikwagen nicht mehr an ihrem Ort, sondern am Wegesrand stehen. Stattdessen ist ein riesiger Fuhrpark der Polizei herangeführt wurden. Man hat dort im großen Kreis um die Wiese herum eine Wagenburg gebaut, bei der die Fahrzeuge Stoßstange an Stoßstange stehen. Weiter stellen wir fest, dass weitere Polizeibeamte herangeführt werden sowie schweres Gerät wie Wasserwerfer. Es fällt bereits mehrfach das Wort Gefangenensammelstelle. Das Gelände wird weiträumig ausgeleuchtet. Dabei können wir nicht feststellen, dass Toiletten oder Decken für die Demonstranten vorbereitet sind.

Wir wenden uns daher an den leitenden Polizeibeamten vor Ort. Auf unsere Frage nach Toiletten, Decken und warmen Getränken für die Gefangenen teilte er uns mit, dass nach der Rechtsprechung für eine Ingewahrsamnahme von weniger als fünf Stunden diese nicht erforderlich seien. Es sei nicht beabsichtigt die Demonstranten so lange hier festzuhalten. Er sei daher nicht verpflichtet, entsprechend Toiletten oder Decken vorzuhalten. Eine weitere anwesende Beamtin teilte uns mit, dass die Demonstranten in den Schienen ja auch keine Toiletten hätten. Darüber hinaus hätten sie die Möglichkeit, ihre Decken mitzunehmen. Helge machte an dieser Stelle nochmals deutlich, dass wir es als kirchliche Mitarbeiter eher skeptisch sehen, dass diese Dinge nicht vorgehalten werden und wir uns wünschen würden, dass diese Dinge doch den Gefangenen zur Verfügung gestellt würden. Nachdem uns diesbezüglich keine Zusage gemacht werden konnte, verabschieden wir uns von der Leitung.

Wir teilen anschließend dem Ermittlungsausschuss telefonisch und dessen vor Ort anwesenden Rechtsanwälten mit, dass nicht beabsichtigt sei, Toiletten, Decken oder warme Getränke vorzuhalten. Man versprach uns, sich darum zu kümmern und darauf ein Auge zu haben.

Da nicht abzusehen war, wann die Räumung erfolgen sollte, beschlossen wir zunächst einmal zum Auto zurückzugehen, um uns dort aufzuwärmen. Auf dem Weg zum Fahrzeug sehen wir, dass weitere Polizeieinheiten herangeführt werden und auch Polizeifahrzeuge wegfahren, was zu einem erheblichen Engpass wegen der engen Straße führte. Teilweise blieben die sich entgegenkommenden Kolonnen stecken. Auch passten die Wasserwerfer nicht durch die engen Straßen in Harlingen und fuhren dann über das offene Feld in Richtung Schienen.

Glücklicherweise begegneten wir einem Lastwagen mit Anhänger, der (dann doch) mehrere Dixi-Toiletten in Richtung Wagenburg fuhr. Wie wir später erfuhren, sollen davon auch einige in der „Freiluft-Gefangenen-sammelstelle“ aufgestellt worden sein.

Wir sehen eine kleinere Gruppe von Polizisten, die am Straßenrand in Reihe antreten mussten. Der Befehl hierzu lautete „Augen zum Störer“. Dies war an dieser Stelle, mehr als 200 Meter von den Gleisen entfernt doch irritierend, da vereinzelt Menschen auf der Straße oder kreuz und quer über ein Feld liefen und wir uns doch außerhalb der Zone des Versammlungsverbots befanden. Man hatte aber ohnehin ständig den Eindruck, unter einem Generalverdacht zu stehen, selbst wenn man hunderte Meter von der Bahnstrecke entfernt war.

Etwa gegen 1:00 Uhr teilte uns unsere Zentrale mit, dass nunmehr das Team Wichert- von Holten an der Gefangenen-sammelstelle auf dem Feld eingetroffen sei und uns daher ablöse. Wir fahren dann nach Hause.

Ralph Charbonnier, Bernd Paul

Immer mit der Ruhe!

Sonntag, 7. November; Harlingen; ca. 16.50 Uhr

Bei der Sitzblockade auf den Schienen bei Harlingen ist alles friedlich. Ein Akkordeonspieler verteilt Liederzettel und animiert zum gemeinsamen Singen. Mit einigem Abstand folgt ein alternativer Posaunenchor, der mit seiner mitreißenden Darbietung die Teilnehmer der Sitzblockade und auch die umstehenden Polizisten sichtlich erfreut. Ein Hauch von Kirchentagsstimmung weht durch die Gölhrde.

Kurze Zeit später erfolgt eine Durchsage der Polizei: Sie habe entdeckt, dass an manchen Stellen auf den Schienen geschottert werde. Es folgt die Aufforderung, dieses unverzüglich zu unterlassen. Ansonsten würde die Polizei das unterbinden. Nur wenige Minuten später: An mehreren Stellen rücken Einsatzkräfte in voller Montur an, um gegen vermeintliche Schotterer vorzugehen.

Wir bewegen uns vom westlichen Ende der Blockade bis zur ersten Stelle, wo Polizisten einzelne Demonstranten von den Schienen zerren. Wir versuchen mäßigend auf die Beamten einzuwirken. An der Stelle, an der wir stehen, ist definitiv nicht geschottert worden. Darum ziehen sich die Polizisten relativ schnell wieder zurück.

Eine zuvor ruhige und friedliche Stimmung ist innerhalb von Sekunden gekippt. Sofort wird es laut, Anspannung macht sich breit. Und es dauert mehr als eine Viertelstunde, ehe so langsam wieder Ruhe einkehrt.

Wir machen uns auf den Weg zum Einsatzleiter, der die Aktion durch die Beobachtungen seiner Beamten rechtfertigt. Er bestätigt zwar, dass die Blockade grundsätzlich friedlich verlaufe. Dennoch habe die Polizei gesehen, wie etliche Personen aus Richtung Leitstade sich zu dieser Sitzblockade hinzugesellt haben.

Unser Eindruck ist: Bei dieser absolut friedlichen Lage hätte die Polizei mit deutlich weniger Aufwand an den entsprechenden Stellen nachprüfen können, ob geschottert worden ist. Die entstandene Unruhe war absolut überflüssig und hätte vermieden werden können.

Michael Gierow, Michael Ketzenberg, Andreas Tuttas

Raucherpause

Sonntag, 7. November; Harlingen – Bahndamm; 23.15 Uhr

Ungefähr 150 m abseits der großen Sitzblockade in Richtung Unterführung saßen an einigen Stellen vereinzelt wenige Demonstranten auf den Gleisen. Nach mehreren Gesprächen wurde Sanitätern ermöglicht, sie mit heißen Getränken zu versorgen. Auf unserem Weg auf der Strecke entdeckten wir u. a. eine Gruppe von vier Personen, drei saßen auf den Schienen, eine stand dabei, die zusammen eine „Raucherpause“ machten. Als wir näher herankamen, sahen wir, dass dies zwei Polizisten und zwei Demonstranten waren, im freundlichen Gespräch vertieft. Ein Symbol für die Zukunft des friedlichen Widerstandes? Es wäre zu hoffen!

Michael Gierow, Andreas Tuttas, Michael Ketzenberg

Wir können nicht mehr!

Sonntag, 7. November; Harlingen – Bahndamm; 23.30 Uhr

Begegnung und Gespräche mit mehreren Einsatzkräften ergaben, dass insbesondere eine niedersächsische Einheit bereits vor der „Räumung“ seit über 29 Stunden ununterbrochen im Dienst war. Dies war auch an Mimik und Körperhaltung deutlich abzulesen. Verantwortliche Zugführer teilten uns mit, dass Ablösung nicht möglich sei, da Zufahrten nach Harlingen blockiert waren. „Wir können alle nicht mehr!“ Unsere Bemühungen, über die Einsatzzentrale der Konfliktmanager der Polizei (Herr Brettschneider) zumindest Motivation und Zuspruch z. B. durch Polizeiseelsorger zu erreichen, blieben nach unserer Kenntnis erfolglos. Erst einen Tag später erfuhren wir, dass ein Polizeiseelsorger zwar vor Ort war, der aber beschäftigt war mit der Begleitung einer osteuropäischen Polizei-Beobachtergruppe. Ob er unsere Informationen erhalten hatte, blieb unklar.

Als dann später die Räumung der Blockade begann, hieß es zunächst von Seiten der Konfliktmanager, dass die schon sehr lange eingesetzten niedersächsischen Einheiten daran nicht mehr beteiligt würden, sondern vorher abgelöst würden. Sie wie auch wir waren dann entsetzt zu sehen, dass diese Polizisten dann doch noch weitere fünf Stunden zum Wegtragen von Demonstrierenden eingesetzt wurden.

Im Verlauf der Nacht bemerkten wir immer wieder verstärkte Ermüdungserscheinungen seitens der Demonstranten, die teilweise seit Mittags auf der Schiene waren.

Hans-Hermann Jantzen, Stephan Wichert-von Holten

„Da müssen wir etwas tun!“

Sonntag, 7. November; Harlingen – Bahndamm; 23.50 Uhr

Nachdem wir beide selbst mit mehreren Polizisten teilweise schon über den Tag Gespräche geführt hatten und nun in der Nacht sowohl auf einzelne Beamte wie auch Beamtengruppen, gestoßen waren, die nach eigenen Aussagen am Ende ihrer Kräfte waren. Wie sollten derart ausgelaugte Beamten eine Räumung in angemessener Weise vollziehen können? Würde die Entkräftung dazu führen, dass Pfefferspray, Schlagstöcke und Wasserwerfer gegen friedliche Demonstrierende eingesetzt würden?

Wir kamen zu dem Schluss, dass eine friedliche Räumung mit solch ausgelaugten Polizeikräften nicht möglich sein würde. Diesen Eindruck bestätigten uns sämtliche anwesende Seelsorger, die auch wiederholt mit Polizisten gesprochen hatten.

Wir hatten uns bereits darauf geeinigt, in schriftlicher Form, offiziell und mit Vehemenz die Gesamteinsatzleitung auf die unverantwortliche Überforderung der Einsatzkräfte hinzuweisen. Davon haben wir dann doch abgesehen, weil Verhandlungen zwischen Demonstrierenden und

Polizei zu der Übereinkunft geführt hatten, dass es sich hier um eine friedliche Demonstration handelt, mit der die Polizei unter Anwendung der geringsten unmittelbaren Gewalt (Wegtragen) umgehen würde. Obwohl die Polizei Wort gehalten hat, haben viele Ausreißer im Polizeiverhalten nach unserem Ermessen ihre Ursache in der Überforderung der Beamten.

Bernd Abesser, Christine Ruegg-Hermes und Stefan El Karsheh
Gefangenensammelstelle bei Minusgraden

Montag, 8. November; Harlingen; ab 0.00 Uhr

Das Team 7 der kirchlichen SeelsorgerInnen mit Bernd Abesser, Susanne Ackermann, Christine Ruegg-Hermes, Dieter Borchert, Jörg Prahler und Stefan El Karsheh erreichen gegen 24.00 Uhr die Gleise in Harlingen und treffen dort auf andere Teams.. Nach kurzer Absprache teilt sich unser Team auf in einen Teil, der das Abräumen begleitet und die Weggetragenen an der Schiene in Empfang nimmt, und in einen zweiten, der in der Gewahrsamstelle auf die Demonstranten wartet. Dazu gehören Bernd Abesser, Christine Ruegg-Hermes und Stefan El Karsheh. Die Gewahrsamstelle ist durch einen Fahrzeugkreis abgegrenzt. Es stehen von Anfang an Dixi-Toiletten zur Verfügung und ein Lkw mit Decken und Sitzkissen. Die ersten Demonstranten werden gegen 1.45 Uhr in die Gefangenensammelstelle gebracht. Sie sind augenscheinlich mit wenigen Ausnahmen in psychisch guter Verfassung, allerdings vielfach unterkühlt und hungrig. Die begleitenden Polizeikräfte sind freundlich und hilfsbereit. Die Stimmung ist entspannt. Auf eine erste Nachfrage durch Stefan El Karsheh ist zu erfahren, dass die Polizei nicht vorgesehen hat, warme Getränke und / oder Essen bereit zu stellen.

Als dann ein weiteres Team eintrifft (gegen 1.30 Uhr) mit Gerd Krumrey, Meike Drude und Peter Seydell wird erreicht, dass doch Essen und Getränke von der Volksküche durchgelassen werden. Die erreichen uns gegen 2.30 Uhr. Die Mitarbeiter der Volksküche dürfen aber nicht bleiben und müssen den abgesperrten Bereich sofort wieder verlassen. Daher übernehmen wir die Essensausgabe. Später kommen weitere Essenstände hinzu, die dann auch von Mitarbeitern der Volksküche betreut werden können.

Bernd Abesser wird gegen 02.00 Uhr zu einer Verhandlung zwischen Frau von „Widersetzen“ und einem Konfliktmanager der Polizei betreffend ihre Freilassung aus der Gesa beobachtend hinzugezogen. Die Verhandlungen enden mit der Erlaubnis, die Gefangenensammelstelle verlassen zu dürfen. Ansonsten ist die Lage entspannt. Auskünfte über die zu erwartende Freilassung sind nicht zu bekommen. Allerdings haben die meisten Demonstranten schon gehört, dass sie wohl bleiben müssten, bis der Zug durchgefahren ist. Da die Ingewahrsamnahme um 1.30 Uhr begonnen hat und laut Zeitungsberichten die Freilassung gegen 9.00 Uhr erfolgte, haben entsprechend viele Demonstranten über sieben Stunden auf ihre Freilassung gewartet. Unser Team hat Harlingen gegen 5.30 Uhr verlassen.

Susanne Ackermann, Dieter Borchert, Jörg Prahler
„Da habe ich aber keine Lust zu!“

Montag, den 8. November; Harlingen; ab 0.00 Uhr

Nachdem sich das Team 7 der kirchlichen Seelsorger aufgeteilt hatten, blieben Susanne Ackermann, Dieter Borchert und Jörg Prahler hinter der Polizeikette, um die bevorstehende Abräumung zu begleiten. Die Polizeibeamten bauten sich in einer langen Schlange auf den Schienen auf. Geplant war offensichtlich, die Demonstranten entlang der Gleise, dann eine steile Böschung hinauf und schließlich über einen ausgebauten Weg hinab zu improvisierten Gefangenensammelstelle zu bringen.

Wir verteilen uns, um die Strecke bis hoch zum Weg möglichst lückenlos im Blick zu behalten. Um 1.45 Uhr beginnt die Abräumung. Am Anfang zeigt sich ein positives Bild des Polizeieinsatzes. Die Beamten und Beamtinnen tragen die Demonstranten zu zweit, zu dritt oder zu viert. Die meisten Personen werden in sitzender Position weggetragen, einige bäuchlings oder rücklings. Den Polizeibeamten ist die Anstrengung anzumerken, vor allem nachdem im Laufe der Räumung der Weg bis zur Böschung immer länger wird. Oftmals werden Zeugen freundlicher Gespräche: „Wie weit sollen wir Sie noch tragen?“, „Keine Angst, wir nehmen jetzt den Stock nur als Tragehilfe.“ Eine große Zahl von Aktivisten lässt sich nur ein Stück des Weges tragen und geht dann freiwillig mit. Auch hier hören wir oftmals freundliche, entspannte Gespräche mit.

Eine Szene, die positiv auffällt: Zwei Beamte tragen einen jungen Mann. Ein Polizist stolpert, geht auf die Knie. Der Demonstrant fällt auf den Hintern. Der zweite Polizist kann sich gerade eben noch halten. Wir erwarten Ärger und anschließend eine härtere Gangart. Der gestürzte Polizist sagt in einem vollkommen freundlichen Ton: „Ich denke, Sie haben unser ehrliches Bemühen, Sie zu tragen, gesehen. Vielleicht, auch im Interesse Ihrer eigenen Sicherheit, gehen Sie den Rest allein.“ Der Aktivist nickt, die drei gehen nebeneinander davon. Eine Situation ohne Verlierer. Überhaupt scheint der Umgang zwischen Aktivisten und Polizisten weitgehend von einem gegenseitigen Respekt geprägt. In früheren Jahren war das auch schon ganz anders!

Eine schwierige Stelle an den Harlinger Gleisen ist von vornherein die Böschung: Sie ist steil und der Weg ist matschig. Es ist praktisch nicht möglich, eine Person diesen Weg hinaufzutragen, ohne einen Sturz und Verletzungen zu riskieren. Wer den Weg nicht selbst hochgehen will, wird von der Polizei zunächst am Bahndamm abgelegt. Später werden diese Personen die Böschung hinauf geschleift oder mit Seilen hinaufgezogen, was sicherlich unangenehm, wahrscheinlich sogar schmerzhaft ist. Tragen wäre hier aber unserer Meinung nach gefährlicher gewesen.

Es gibt aber auch unschöne Szenen:

Auch der Pfad entlang der Gleise ist unwegsam, wenn die Beamten stolpern und einen Demonstranten unter den Armen gefasst schleifen oder bäuchlings tragen, dann stürzen sie mit dem Gesicht zu Boden. Immer wieder rutschen den Polizisten Demonstranten aus den Händen, nicht immer können sie sie vorher absetzen. Wir stehen am Rand und rufen den Polizisten zu „Tragen Sie doch zu dritt oder zu viert!“. Eine Frau scheint sich in so einer Situation verletzt zu haben. Sie wird von Demo-Sanitatern lange Zeit behandelt. Sie liegt reglos neben den Gleisen und wird mit einer Überlebensfolie zugedeckt. Das Gerücht macht die Runde, sie sei beim Tragen absichtlich zu Boden gestoßen worden. Wir haben den Vorgang nicht beobachtet, aber so ein Verhalten würde dem, was wir sonst beobachtet haben, extrem widersprechen. Auch ein Demo-Sanitärer vermutet verdeckte Brutalitäten bei der Polizei: „Ansonsten würden ja nicht so viele Menschen gehen, die sich erst entschlossen haben, sich tragen zu lassen.“ Auch das deckt sich nicht mit unseren Beobachtungen, wenigstens in der größten Zahl der Fälle.

Dennoch gibt es eine Reihe von Fällen zu bemängeln und deutliche Qualitätsunterschiede in der Arbeit der Polizisten aufzuzeigen: Wo zu zweit, zu dritt oder viert in sitzender Position getragen wurde, da gingen auch Stürze glimpflich ab. Rutschte ein Demonstrant aus dem Griff, der nur unter die Arme gefasst und dessen Füße nachgeschleift wurden, bestand immer die Gefahr schmerzhafter Verletzungen. Ein Aktivist, der so von zwei Beamten mitgeschliffen wurde, sagte: „Sie können mich auch tragen!“ Die höhnische Antwort des einen Beamten: „Da habe ich aber keine Lust zu!“

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass ein Beamter die Unversehrtheit oder das Verletzungsrisiko eines Staatsbürgers von seiner „Lust“ abhängig macht. Auch die Bemerkung „Wir brauchen Sie nicht zu tragen, Sie können ja auch laufen“ entschuldigt nicht das schmerzhaftere und im Zweifelsfall verletzungsträchtiger Mitschleifen von Demonstrierenden. Als dann zwei offensichtlich außer Kontrolle geratene Polizeibeamte sich daranmachen wollen, einen jungen Mann an den Beinen auf dem Rücken über Gleisschotter, Holz und Baumstümpfe hunderte von Metern am Bahndamm entlang schleifen zu wollen, schreitet ein Vorgesetzter ein.

Vereinzelte sehen wir schmerzhafte Polizeigriffe zum Beispiel in die Nase. Wir rufen: „Sie tun dem Mann weh. Behandeln Sie ihn vernünftig.“ Egal ob diese Schmerzgriffe ursprünglich eine Berechtigung gehabt haben mögen, macht keiner der Mitgeführten noch den Eindruck, dass er sich im Augenblick widersetzen würde. Soll dieser Griff dann also eine Bestrafung sein? Genau so sehen wir immer wieder eskortierte junge Menschen, denen die Handgelenke verdreht gehalten werden. Ein kleiner Druck verursacht große Schmerzen. Muss diese Androhung von Schmerzen vorbeugend sein? Wir meinen: Nein! Das beides ist ein Kennzeichen schlechter und letztlich Bürger verachtender Polizeiarbeit, das wir nicht bei der Mehrheit, sondern einer Minderheit der in Harlingen eingesetzten Polizeibeamten beobachtet haben. Dass es auch ohne unnötige Gewalt geht, haben die Polizeibeamten gezeigt, die den anderen als Beispiel gelten sollten.

Michael Gierow, Michael Ketzenberg, Andreas Tuttas

Alle anderen konnten das auch!

Montag, 8. November; Harlingen – Bahndamm; 1.45 bis 6.45 Uhr

Beim „Abräumen“ zeigten sich unseres Erachtens die Polizeieinsatzkräfte grundsätzlich differenziert und zurückhaltend. Immer wieder beobachteten wir aufklärende und freundliche Worte. Auch seitens der Blockierer hielt man sich an die getroffenen Absprachen. Aussetzer gab es auf beiden Seiten, die aber dort, wo wir waren, der grundsätzlich kooperativen Atmosphäre auf beiden Seiten keinen Abbruch taten. Eine neu dazugekommene süddeutsche Einheit war wohl nicht über die konkreten Kooperations-Absprachen informiert – und einige Beamte gingen dementsprechend „ruppig“ mit den Blockierern um. Mehrmals haben wir versucht zu intervenieren, teilweise auch in Abstimmung mit den anwesenden Konfliktmanagern der Polizei. Ein Konfliktmanager ging nach unserer Aufforderung einem Einsatzbeamten zügig hinterher und sprach ihn auf sein Verhalten an. An anderer Stelle sprach nach unserem Votum ein Konfliktmanager einen Zugführer an: „Hier gibt es Absprachen auf beiden Seiten, die Situation gewaltfrei zu klären. Alle anderen konnten das auch – und Sie werden das auch können.“ Der Zugführer reagierte zunächst gereizt auf diese Ansprache, wirkte dann aber anscheinend auf seine Einsatzkräfte ein.

Auch bei den schon sehr lange im Dienst befindlichen niedersächsischen Einheiten konnten wir beobachten, dass sie versuchten, Sitzende hoch zu zerren oder mit schmerzhaften Griffen zum Aufstehen zu bewegen – wahrscheinlich, weil zum Tragen einfach die Kraft fehlte.

Die machte deutlich, dass ein vorheriges Ablösen dieser Einheiten unbedingt nötig gewesen wäre. In den Stunden vor und während des „Abräumens“ wurden zum Aufbau der provisorischen Gefangenen-Sammelstelle und zur Ablösung ständig weitere Einheiten herangeführt. Am blockierten Nachschub kann es also nicht gelegen haben.

Wolf von Nordheim, Stephan Wichert-von Holten

Familienzusammenführung

Montag, 8. November; Harlingen, ab 1.45 Uhr

Während der Räumung haben wir im Großen und Ganzen eine äußerst friedliche und gesittete Räumung erlebt. Polizisten, die wir noch Stunden vorher im Einsatz stehend gesehen haben, waren nun räumend dabei. Ihnen war die Anstrengung wirklich anzusehen und auf Nachfrage gestanden sie diese auch offen ein. Erst im weiteren Verlauf der Räumung durchmischten sich die Polizeikräfte mit anscheinend neuen Einsatztruppen. In den nächsten zweieinhalb Stunden hat Wichert-von Holten insgesamt fünfmal Polizeikräfte gebeten, angemessen mit diesen sichtlich friedlichen Demonstranten umzugehen. In einem einzelnen Fall hat es eine kurze Kabbeleie um einen Rucksack mit zwei Polizisten und einer Demonstrantin gegeben. Als ein unbeteiligter dritter Polizist der Demonstrantin dann diesen Rucksack aushändigte und einfach sagte: „Das ist doch bestimmt ihrer?“. War die

Situation sofort wieder friedlich und die Demonstrantin ging mit einem Polizisten freiwillig die Gleise entlang.

Während der ganzen Zeit kam Herr Hennings öfter auf Stephan Wichert-von Holten zu und die beiden bewerteten gemeinsam ganz kurz das Geschehen auf die Nachfrage von Herrn Hennings hin. Besonders positiv war, dass, wenn es Kritik gab, Herr Hennings oder einer aus seinem Stab sofort bereit waren, diese abzustellen. In aller Regel ist das auch sehr kurzfristig gelungen. Zum Beispiel in dem Fall, dass eine Demonstrantenbetreuerin aus dem Team von Widersetzen plötzlich in Richtung Gefangenenansammelstelle abgeführt worden ist. Herr Nissen von Widersetzen machte Stephan Wichert-von Holten auf diesen Umstand aufmerksam. Der kurze Hinweis gegenüber der Polizei, dass man niemanden wegbringen könnte, mit dem man vorher Verhandlungsverabredungen getroffen hätte, reichte aus, dass die Frau zurückkehren und ihre Aufgabe weiter vornehmen konnte. In einem zweiten Fall kam ein Vater auf Stephan Wichert-von Holten zu und bat ihn, für eine „Familienzusammenführung“ einzusetzen. Sein Sohn hätte kurz mal in den Wald gemusst und würde nun nicht wieder zu ihm zurück durch die Polizeiabsperrung könne. Ein Konfliktmanager aus Brandenburg machte sich gemeinsam mit dem Vater von Stephan Wichert-von Holten angesprochen auf den Weg und nach ein wenig Verhandlungen mit der Berliner Hundertschaft, die den Wald abgesperrt hat, war der Sohn wieder in der Obhut seines Vaters.

Je weiter die Räumung voranschritt umso deutlicher nahmen einzelne Rabiathheiten von Seiten der Polizei zu. Nach unserer Beobachtung ist dieses in erster Linie der Erschöpfung einiger Polizisten zuzuschreiben gewesen. Irgendwann waren wir selber so übermüdet und angespannt, dass wir die letzten 50 Meter der Räumung nicht mehr mit begleiten konnte.

Michael Gierow, Michael Ketzenberg, Andreas Tuttas

Dialog am Rande

Montag, 8. November; Harlingen – Bahndamm; ca. 4.30 Uhr

Zwei Polizisten mit süddeutschen Akzent kommen zu einem Demonstranten, der auf den Schienen sitzt. Sie fragen ruhig und freundlich, ob er bereit sei, aufzustehen und die Gleise zu verlassen – andernfalls würden sie ihn wegtragen und dabei den Schlagstock benutzen – allerdings nicht zum Schlagen, sondern als Tragehilfe. Darauf erwidert der Demonstrant in dem gleichen süddeutschen Dialekt: „Wissen Sie - normalerweise stehe ich immer aufrecht für meine Überzeugung ein. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass ich in diesem Fall lieber sitzen bleibe.“ Schmunzeln. Wegtragen.

Bernd Paul, Gerd Krumrey, Andreas Hoenke

Grippel

Montag, 8. November; Laase und Grippel; ab 19.30 Uhr

Gegen 19.30 Uhr trennen wir uns in Laase von Burckhard Schulze und Meike Drude und gehen in Richtung Grippel. Die Straße ist gesäumt mit Polizeifahrzeugen, ebenso der Radweg. Wir werden kontrolliert (Dienstausweise) und nach unserer Aufgabe befragt. Alleine dürfen wir aber nicht gehen. Wir werden von Polizisten begleitet und öfter in einen neuen Bereich an weitere Polizisten zu Begleitung übergeben. An diesen Stellen ergeben sich viele Gespräche.

Alle Feldausfahrten sind zugeparkt, freie Feldfluren weit ausgeleuchtet. In Grippel angekommen konzentriert sich das Hauptaugenmerk der Polizei auf den Kreuzungsbereich. Wir nehmen Kontakt zur Einsatzleitung vor Ort auf und zeigen uns deutlich den Bürgern vor Ort. Die Bürger sind über unsere Anwesenheit erfreut, wir werden positiv wahrgenommen und sofort mit Informationen von vor Ort versorgt. Sie erzählen uns, dass hier ein Bauernhof durchsucht wurde (80jährige

Bewohnerin). „Hundert schwarz gekleidete“ seien auf den Hof gestürmt, weil hier eine Pyramide vermutet wurde. Ein Demonstrant (der Sohn der 80jährigen), zu dieser Zeit auf der anderen Straßenseite, wollte diese daraufhin überschreiten und bekam Schwierigkeiten. Diese Erfahrungen haben die Menschen tief getroffen, entnehmen wir ihrem Mitteilungsbedürfnis.

Gerd Krumrey und Andreas Hoenke nehmen daraufhin Kontakt zum Einsatzleitung vor Ort auf und bitten um Erörterung. Der Einsatz wird bestätigt. Es sei aber kein Zugriff, sondern eine Durchsuchung nach einem Hinweis.

Eine Frau berichtet davon, dass sie von ihrem Demonstrationsrecht (in Gorleben) Gebrauch machen möchte. Alle Ausfahrten sind durch Polizeifahrzeuge versperrt und werden nicht freigegeben. Sie kann / darf das Gelände nicht verlassen und versucht über einen Anwalt eine einstweilige Verfügung zu erlangen. Sie musste diese Nacht in Grippel bleiben.

Ein Techniker der Polizei, erkennbar durch entsprechenden Aufnäher an der Uniform, hat Andreas Hoenke die Frage, ob ich mich für Toiletten einsetzen kann. Bei einem späteren Gang von Lasse nach Grippel stehen mobile Toiletten ausreichend zu Verfügung.

Meike Drude, Burkhard Schulze

Laase

Montag, 8. November; Laase; gegen 23.25 Uhr

In Sichtweite der unter anderem durch mehrere Wasserwerfer gesicherten Transportstrecke überschreiten überwiegend jugendliche Demonstranten immer mal wieder den durch die Allgemeinverfügung vorgegebenen Mindestabstand zur Straße, der anfangs noch nicht durch ein Absperrband gekennzeichnet ist. Die Polizei fordert immer wieder auf, den Abstand einzuhalten und droht mit dem Einsatz der Wasserwerfer.

Immer wieder nähern sich auch Demonstranten, der Polizeikette und haben dabei ihre Gesichter mit Schals und Mützen ver mummt. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Autonome aus dem „schwarzen Block“, sondern es unserer Wahrnehmung nach harmlose Jugendliche. Mehrfach erfolgt die Aufforderung, die Vermummung abzulegen, der allerdings nicht Folge geleistet wird.

Daraufhin schickt die Polizei einen Zug einer Hundertschaft in die Wiese. Die Jugendlichen laufen schnell in den hinteren Teil der Wiese und entkommen den Polizisten, die mit ihrer vollen Ausrüstung naturgemäß nicht die Schnellsten sind. Es folgt der Rückzug der Polizisten, um die sich nun andere Demonstranten geschartt haben und sie mit Pfiffen und „Haut ab“-Rufen zurück begleiten.

Meike Drude und Bernd Paul sprechen mit der Einsatzleitung und versuchen zu vermitteln, dass da keine gewaltbereiten Autonomen stehen, sondern Jugendliche, von denen keine Gefahr ausgeht. Der Einsatzleiter, Herr Buttmann, argumentiert juristisch und verweist auf den Straftatbestand der Vermummung. Durch diese Aktion wolle er deutlich machen, dass es Regeln gibt, die die Polizei notfalls auch durchsetzen kann. Zudem verweist er auf die Verantwortung der Versammlungsleitung, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung.

Meike Drude und Bernd Paul gehen daraufhin zur Versammlungsleiterin Kerstin Rudek. Wir haben ihr versucht zu vermitteln, dass das Verhalten der Jugendlichen einen gegebenenfalls vermeidbaren Einsatz der Polizei verursachen würde.

Erfolgreicher als alle Wasserwerfer und Hundertschaften zusammen war ein alternativer Rentner ostdeutscher Herkunft. Der redete auf die Vermummten ein und sagte sinngemäß: „Hey, ihr könnt ruhig euer Gesicht zeigen. Ihr demonstriert für eine gute Sache, da braucht ihr euch nicht vermummen.“ Daraufhin einer der Jugendlichen: „Das, was die Polizei nicht geschafft hat, schaffst du mit deinem Gelaber. Ich geh jetzt.“

Sandra Bills, Anne Kathrin Bode, Annegret Kröger, Eckhard Kruse,
Theda Kruse, Anna Dorothea Küster, Waldemar Rausch

Die Polizei ist nicht zu sprechen

Montag, 8. November, Gorleben vor dem Zwischenlager; ab 15.00 Uhr.

Wir versuchen vergeblich, den Einsatzleiter, Herrn Seydlitz, zu treffen.

Montag, 17.13 Uhr. Wir gehen zu den Menschen in der Sitzblockade, die immer mehr zugenommen hat. Stellen uns den Organisatoren von X-tausendmal quer vor. Diese informieren uns über ihre Struktur. Es gibt verantwortliche Ansprechpartner in Gelben Westen; einerseits für den Kontakt zur Polizei, andererseits für die Begleitung der Sitzenden. Wir gewinnen den Eindruck, dass hier sehr besonnen und gut strukturiert die Demonstration geleitet wird.

Wir stellen uns auch der Einsatzleitung der Polizei vor Ort vor und erfahren, dass auch seitens der Polizei die Lage als friedlich eingeschätzt werde und man ruhig und mit verhältnismäßigen Mitteln vorgehen werde und darauf achten werde, dass niemand zu Schaden käme.

Wir werden gebeten, im Falle der Räumung die „Arbeit der Polizei“ nicht zu behindern. Es sei vorgesehen, viele Konfliktmanager der Polizei vor Ort zu haben. Zuständig für diesen Streckenabschnitt seien die Teams 1 und 2 der Konfliktmanager. Falls uns als kirchlichen Beobachtern etwas auffallen würde, was nicht in Ordnung sei, sollten wir dies bitte unmittelbar einem Konfliktmanager sagen und nicht den wegtragenden Beamten. Die Konfliktmanager würden dann umgehend intervenieren über die Vorgesetzten. Auf Nachfrage wird durch Konfliktmanager Schröder ausdrücklich bestätigt: Es wird nur vom Zwischenlager her geräumt. Es wird keine Räumung von den Seiten oder von Gorleben her erfolgen.

Um 20.20 Uhr erfolgt die erste Durchsage der Polizei, in dem auf die die Allgemeinverfügung hingewiesen wird, wonach dies eine verbotene Versammlung sei. Um 21.04 Uhr wird die Versammlung für aufgelöst erklärt. Für den Fall, dass sich in 30 Minuten dennoch jemand auf der Straße aufhalten würde, erfolgt die „Androhung einfacher Gewalt beziehungsweise Hilfsmitteln zu einfacher Gewalt“. Dies führt zu Erstaunen bei allen Anwesenden, da die Polizei kräftemäßig zu solch einem Einsatz nicht in der Lage sein dürfte.

Es wird Nacht, der seit vielen Stunden angekündigte Castor-Transport ist immer noch nicht angekommen. Viele Beamten beklagen, dass sie nun schon einen ganzen Tag auf den Beinen und nur sehr unzureichend versorgt worden seien. Die Demonstrierenden vertreiben sich die Zeit mit Musik, Tanz und gelegentlichen gymnastischen Übungen. Sie sind hervorragend versorgt mit heißen Getränken und warmen Essen. Immer wieder hören wir skalierende Rufe: „Jetzt abschalten!“ „Wir kommen wieder!“ „Castor Stopp!“ „Die Presse bleibt hier!“ Die Menschen sind froh, uns als offizielle Vertreter der Kirche ansprechen zu können.

Anna Küster geht gegen 22.00 Uhr an den vorderen Teil der polizeilichen Absperrung, um sich zu erkundigen, welche Konfliktmanager-Teams im Einsatz sein werden. Der Versuch einer Kontaktaufnahme zum Einsatzleiter Herrn Seydlitz und seinem Stab scheitert. Auch ein späterer Versuch von Eckhard Kruse misslingt.

Anne Kathrin Bode und Anna Küster beobachten am vom Zwischenlager abgewandten Ende der Blockade, wie Mannschaftswagen eintreffen. Sie wundern sich und wollen wissen, warum so ein Aufgebot ankommt, wenn doch von vorne geräumt werden soll. Sie fragen einen der Polizisten, die am ersten Mannschaftswagen stehen. Er sagt, dass er auch nicht Bescheid wüsste. Er sei aus Hannover. Anschließend treffen sie einen Polizisten aus dem „Kreativteam“ mit einem Konfliktmanager. Er weiß auch nicht, warum mehr Polizisten angefordert wurden, lädt sie allerdings ein mit ihm nach vorne zur Einsatzleitung zu gehen, um herauszufinden, warum auf einmal mehr Polizisten anwesend sind.

Um 0.25 Uhr erfolgt die Dritte Aufforderung, die Straße zu verlassen und um 0.46 Uhr eine weitere Aufforderung. Die Konfliktmanager erläutern: „Wir tragen Sie von der Straße und setzen Sie dort ordentlich ab. Das ist das, was wir vorhaben.“ Die Demonstrierenden werden gebeten, dann durch den Wald Richtung Gedelitz zum Camp zu gehen.

Hans-Herrmann Jantzen, Michael Gierow, Michael Ketzenberg, Andreas Tuttas

Der „Landesbischof“ ist da – na und?

Montag, 8. November; Gorleben im Dorf; 22.35 bis 4.30 Uhr

Nachdem wir nach Eintreffen bei der Sitzblockade vor dem Zwischenlager schnell festgestellt hatten, dass ausreichend Seelsorge-Teams vor Ort waren, machten wir uns auf den Weg ins Dorf. Wir hatten die Information erhalten, dass eine Gruppe der Bäuerlichen Notgemeinschaft sich direkt im Dorf an eine Betonpyramide gefesselt hatte. An drei unterschiedlichen Zugängen haben wir den Einsatzkräften unsere Absicht erklärt, und sind jedes Mal abgewiesen worden. Den Kräften der sächsischen Einheit vor Ort war offenkundig nicht bekannt, dass unsere Aktivitäten Inhalt des polizeilichen Einsatzbefehls waren. Bemühungen, verantwortliche Zugführer oder Einsatzleiter vor Ort zu erreichen. Blieben über 35 Minuten vergeblich. Auch über die Zentrale der Konfliktmanager der Polizei konnten wir keinen Kontakt zu den im Dorf anwesenden Konfliktmanagern herstellen.

Auf unseren Einwand, dass wir unbedingt zu den Menschen an der Pyramide wollten, weil insbesondere die Bäuerliche Notgemeinschaft bereits im Vorfeld auch unser Beisein erwünscht hatte, hieß es nur, dass ja bereits Konfliktmanager der Polizei vor Ort seien und die Leute somit versorgt wären. Außerdem sei das gar keine Betonpyramide, sondern nur eine Blechattrappe, gefüllt mit Rasierschaum („Wir lassen uns doch nicht verarschen!“) – und überhaupt sei das schnell erledigt und wir seien nicht notwendig. Da die Blockierer ja freiwillig da seien, ginge es denen gut.

Auch die Tatsache, dass Bischofsvikar Hans-Herrmann Jantzen zu unserer Gruppe gehörte, interessierte die Kräfte nicht. Nach einer ganzen Zeit kam plötzlich ein Zugführer zu uns, der ohne weitere Erklärung oder Entschuldigung uns dann sehr zügig zur Pyramide begleitete. Dort blieben wir bis zur Lösung der Situation. Vor Ort trafen wir auf den sächsischen Polizeiseelsorger und auch auf weitere Konfliktmanager, denen wir jeweils mitgeteilt haben, dass man uns nicht hereinlassen wollte – und dass auch der Einsatzbefehl zumindest in diesem Teil den Kräften nicht bekannt war.

Bei der Ankettungsaktion erlebten wir an der Pyramide besonnene Mitglieder der Notgemeinschaft, die uns teilweise auch persönlich bekannt waren – genauso so eine besonnene Polizei. Zur Beseitigung der Pyramide waren eine niedersächsische Einheit herangezogen worden, die sich sehr genau auf diese Art von Hindernissen vorbereitet hatte. Mit offenkundigem Stolz brachen sie ihre speziell hergestellten Vorrichtungen zum Einsatz, was von den Angeketteten auch honoriert wurde. Sehr behutsam wurde die Pyramide samt Angeketteten in eine Nebenstraße gerollt. Freundliche Stimmung zwischen Blockierern und dem technischen Zug: „Danke, Jungs, habt Ihr toll gemacht“ – „Alles Gute für Euch, bleibt gesund!“

Nach der „Räumung“ blieben die Bauern zunächst weiterhin an der Pyramide, weil nicht geklärt war, was mit ihnen geschehen würde. Bereits getätigte Zusagen, sie würden nicht in Gewahrsam genommen, wurden teilweise wider zurückgezogen. Ein Blockierer ließ sich aus gesundheitlichen Gründen unter ärztlicher Betreuung aus der Pyramide befreien und wurde vom Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht. Wir verabschiedeten uns, nachdem geklärt war, dass sowohl Anwälte und Sanitäter bei der Pyramide blieben – und die Polizei sich auch weitgehend zurückzog. Nur noch eine kleine Gruppe Beamter blieb als „Wache“ dabei.

Helge Bechtloff, Wolf von Nordheim; Uwe Schmidt-Seffers, Stephan Wichert-von Holten

„Hier kommen Sie nicht durch!“

Montag, 8. November; Gorleben; ab 23.00 Uhr

Wir kamen auf dem Weg zur Ankettungsaktion an die Polizeiabspernung Ortsmitte Gorleben. Wir wiesen uns gegenüber den Polizisten als Seelsorger aus. Nach einem längeren Telefonat eines Beamten wurden wir durchgelassen. Nach 150 Metern gelangten wir zur Ankettungsaktion und stellten fest, dass schon zwei weitere Teams unserer kirchlichen Seelsorger anwesend waren. Auf Nachfrage berichteten die Seelsorgenden, dass sie durch die gleiche Abspernung gegangen waren und dort kontrolliert worden sind.

Unser Team machte sich auf zur Sitzblockade vor dem Zwischenlager. An der vorhin schon passierten Kontrollstelle mussten wir wiederum lange auf ein telefonisches Okay warten, um weitergehen zu können. Bei jeder Kontrolle haben wir darauf hingewiesen, dass die Seelsorgenden eine im Einsatzbefehl benannte Organisationsform sind und haben die Namen der Einsatzleitung benannt, mit denen die verbindlichen Absprachen getroffen worden sind. Nach ca. 20 Minuten konnten wir den Weg fortsetzen. Hier tat es den Polizisten noch leid, dass wir so lange warten mussten.

Ungefähr 800 Meter weiter trafen wir auf eine Straßensperre von Beamten aus Leipzig. Wir wiesen wieder auf alle uns legitimierenden Fakten hin und zeigten unsere Ausweise, nachdem wir brüsk mit den Worten „Hier kommen Sie nicht durch!“ gestoppt worden waren. Deutlich unwillig telefonierte die Einsatzkräfte mit ihren Vorgesetzten und kamen mit der Botschaft zurück: „Hier kommen keine Zivilpersonen durch!“

Danach baten wir nochmals zu telefonieren und gaben die entsprechenden Nummern der Einsatzleitung weiter. Daraufhin kam der Beamte zurück und fragte: „Sind Sie Bischof Jantzen?“ Das mussten wir verneinen, was wiederum zu einem Telefonat führte. Erst nach diesem Telefonat durften wir passieren.

400 Meter weiter, trafen wir wieder auf eine Leipziger Abspernung und das gerade erlebte wiederholte sich in allerdings etwas kürzerer Fassung.

Das Gleiche noch einmal unmittelbar vor der Sitzblockade. Hier fragten wir dann eine vorgesetzten Beamten, woran es denn läge, dass wir auf so kurzer Strecke so häufig kontrolliert worden seien. Die Antwort war: „Das sind alles unterschiedliche Polizeikräfte, die nicht über das Gleiche Kommunikationsequipment verfügen und jeweils eigene Strukturen haben!“

Dieses steht als ein Beispiel für viele gleichartige Erfahrungen von Seelsorgenden. In aller Regel ließ man uns nach einer umständlichen Prozedur durch. Obwohl von der Polizeiführung die Zusicherung (Freier Zugang zu allen Einsatzorten) gegeben worden war, hatten wir bei kaum einem Transport so viele Schwierigkeiten, durch Polizeikontrollen zu kommen.

Wir haben öfter den Satz gehört „Hier kommen Zivilpersonen nicht durch!“ und fragen uns: Widerspricht eine solche Aussage nicht dem Umstand, dass es sich um ein privatrechtlichen Transportereignisses handelt? Unterstreicht es nicht im Gegenteil die Wahrnehmung, dass es sich bei einem Castortransport um einen Ausnahmezustand handelt?

Bernd Abesser, Stefan El Karsheh

"Wieso, es läuft doch alles ganz gut!"

Dienstag, 9. November; Gorleben vor dem Zwischenlager; ab 0.30 Uhr.

Wir, Bernd Abesser, Christine Ruegg-Hermes und Stefan El Karsheh, haben uns um 00.30 Uhr am Zwischenlager eingefunden. Die Räumung war nach Auskunft von Eckard Kruse so abgesprochen, dass die Polizei von der Seite zum Toreingang die Demonstranten wegtragen wolle. Dies begann gegen 3.30 Uhr morgens. Anders als in den Vorjahren sind die räumenden Kräfte von den

Konfliktmanagern der Polizei und Polizeisprechern begleitet worden. Die Seelsorger teilten sich auf: Drei standen inmitten der Sitzblockade, weitere hielten sich am Rand auf und unser Team nahm zusammen mit Wichert-von Holten die Weggetragenen in Empfang. Die Räumung erfolgte zu unserem Erstaunen so, dass die Weggetragenen einfach an den Straßenrand gesetzt wurden, ohne sie festzusetzen. Das hatte zur Folge, dass die Demonstranten sich anfangs einige Meter weiter wieder hinsetzen konnten. Die Stimmung bei Demonstranten und Polizisten war sehr positiv. Man sprach miteinander, ging in den allermeisten Fällen behutsam miteinander um. Die Einsatzkräfte erhielten mehrfach Lob von den Demonstranten für ihren sorgsamen Umgang.

Zwei Stunden später (ca. 5.30 Uhr) kam über Lautsprecher die Nachricht, dass auch von der anderen Seite der Blockade die Polizei mit der Räumung begonnen habe. Daraufhin haben wir uns auf den Weg gemacht, um dort zu sein. Das Bild, das sich dort bot, war ein vollkommen anderes: Bundespolizisten haben mit einem großen Aufgebot und hohem Tempo die Demonstranten von der Straße gedrängt. Vier Reihen von Beamten haben die Straße von hinten her gesichert und mindestens fünf weitere haben im vorderen Bereich die Demonstranten von der Straße gezerrt. Die abgedrängten Demonstranten wurden von Polizisten ruppig an den Straßenrand gedrängt ohne Rücksicht auf mögliche Hindernisse oder dort bereits stehende Personen. In einem Fall brannte sogar noch ein Feuer, dem die Abgedrängten bei der Räumung ausweichen mussten. Beim Abräumen hat diese Polizeistaffel keinerlei Ruhe bewahrt, sondern mit Griffen ins Gesicht und an den Händen die Demonstranten von der Straße getragen. Das alles ging derart schnell und hart von statten, dass Seelsorger in unmittelbarer Nähe des Geschehens in Gefahr gerieten, selbst von Handgriffen getroffen zu werden.

Als die Situation sich nicht mehr überblicken ließ, hat Stefan El Karsheh Kontakt zu einem Konfliktmanager aufgenommen und ihm zu verstehen gegeben, dass diese Art des Vorgehens die Demonstranten unnötig gefährde und unangemessen sei. Am anderen Ende der Blockade würden die Kollegen ganz anders, nämlich angemessen vorgehen. Nach anfänglichem Unverständnis für diese Anfrage "Wieso, es läuft doch alles ganz gut!" ist derselbe Beamte dann doch zum Mikrofonwagen gegangen und hat darauf gedrungen, das Tempo herauszunehmen und für einen Augenblick die Arbeit "einzufrieren". Danach sind die Kräfte langsamer vorgegangen, aber noch immer stand dieses Vorgehen in einem deutlichen Gegensatz zu der Art und Weise, wie im vorderen Bereich der Blockade gearbeitet wurde.

Es fand wenig Kommunikation zwischen Polizei und Demonstranten statt (dafür gab es keine Zeit), auch war keine ausreichende Zahl von Konfliktmanagern anwesend. Stattdessen wurde weiterhin ohne Rücksicht geräumt. Allerdings hat die Ansage des Konfliktmanagers zu einem zu einer Veränderung des Vorgehens in Richtung eines ruhigeren und angemesseneren Umgangs der Polizei mit den Demonstranten geführt. Gegen 7.30 Uhr war die Blockade geräumt. Um 8.00 Uhr hat unser Team den Einsatzort verlassen.

Sandra Bils, Anne Kathrin Bode, Annegret Kröger, Eckhard Kruse,
Theda Kruse, Anna Dorothea Küster, Waldemar Rausch

X-tausendmal quer sagt Danke

Dienstag, 9. November, Gorleben vor dem Zwischenlager; etwas zwischen 3.00 und 7.00 Uhr.

Wir stehen zwischen den Menschen in der Sitzblockade, beobachten und passen dabei auf, dass wir weder den Polizisten, noch den „Emotionalen Unterstützern“, noch den Presseleute, noch den Konfliktmanagern der Polizei noch den anwesenden „BeisteherInnen“, noch den sitzenden Personen im Wege sind. Die Vorgehensweise der Beamten ist unterschiedlich.

Wir beobachten, wie zwei Polizisten einer jungen Frau genauestens erklären, wie sie sich zu setzen habe und ihre Hände zu legen, wenn sie davon getragen werden möchte. Als sie Schwierigkeiten mit der Ausführung hat, hilft ihr einer der Polizisten und danach wird sie vorsichtig davon getragen.

Ein Dutzend Jugendlicher zeigt sich sehr entschieden. Sie haben sich untergehakt, worauf die Konfliktmanager zu vermitteln suchen, indem sie ankündigen: "Wir müssen Sie jetzt mit härteren schmerzhafteren Griffen voneinander lösen." Es sind sich wiederholende Szenen: Polizisten fragen, ob sie das wirklich wollen. Demonstrierende schütteln den Kopf.

Eckhard Kruse und Anna Küster stehen zusammen während der Räumung, etwa auf Höhe der Essensausgabe von X-tausendmal quer, die Räumung findet schon statt, jedoch etwas weiter vor ihnen. Aus dem Augenwinkel nehmen sie wahr, wie ein Demonstrant versucht, durch die Polizeikette zurück zur Sitzblockade zu kommen. Er wird von einem Polizisten zurückgestoßen, mit so einer Wucht, dass er gegen den Ausgabetisch fällt und dieser ins Wanken gerät. Sofort ist der Einheitsleiter, da und redet auf den Polizisten maßregelnd ein, außerdem ist eine Konfliktmanagerin da, um die aufgebrachtten Demonstranten zu ,beruhigen'.

Zu Beginn der Räumung wirken die Polizisten ausgesprochen freundlich, tragen langsam und bedacht, aber nur zu zweit die Demonstranten weg. Nur eine Gruppe mit orangenen Streifen auf dem Rücken fällt uns immer wieder durch ruppige Art auf.

Eine Demonstrantin wird bereits mehrfach weggetragen. Als Anne Kathrin Bode sie das dritte Mal sieht, spricht sie sie darauf an. Im Nachhinein erzählt die, sie habe sich viel öfter wegtragen lassen. Die Polizei hatte nicht ausreichende Kräfte, um die große Sitzblockade an den Seiten zu sichern. Die meisten Demonstranten machen es den Beamten leicht und gehen auf eigenen Füßen. Annegret Kröger sieht, wie mehrmals Demonstrierende von den müden BeamtInnen auf den Boden fallengelassen werden.

Die ersten Einheiten schienen erschöpft zu sein und infolgedessen härter zuzugreifen. Um 5.23 Uhr erfolgt ein Appell der Polizei über Lautsprecher an die Polizisten: Sie sollen sich „auf Grundlage des Gesetzes verhalten.“ Die überforderten Polizisten werden ausgewechselt. Über den Sprecherwagen von X-tausendmal Quer wird die Auswechslung bekannt gegeben. Die Organisatoren bedanken sich bei den Einheiten aus Baden-Württemberg für friedliche Art der Räumung.

Die später eingesetzte Bundespolizei geht sehr viel härter vor, als die vorher eingesetzten Kollegen. Wir sehen, wie Hände umgeknickt, Gesichter zur Seite gedreht und gleichzeitig Nasen gequetscht und in die Ohren gegriffen wird. Fragen der Polizisten werden nur noch vordergründig gestellt: „Gehen Sie freiwillig mit?“ Und bevor eine Antwort erfolgen kann greifen sie schon fest zu.

Nach einer Weile taucht das Fernsehen wieder auf. Es wird ruhiger.

Meike Drude, Burkhard Schulze

Dafür geht alles noch glimpflich ab!

Dienstag, 9. November; Gorleben vor dem Zwischenlager; ab 3.30 Uhr

Gegen 3.30 Uhr beginnt die Räumung. Das scheint total absurd, da es noch keine Polizeikette gibt und jeder abgeräumte Demonstrant sich gleich wieder auf die Straße setzen kann. Dafür wird ruhig und freundlich abgeräumt. X-tausendmal quer hat viele Helfer. Sie haben ein Kontaktpunkt mit Zelt im Wald aufgebaut und den Weg hinaus mit Kerzen in Gläsern beleuchtet.

Ab und zu gibt es Gegenstände in Sicherheit zu bringen, wie zum Beispiel eine Bongo und Schlafsäcke. Immerzu hört man Codeworte, mit der sich die Bezugsgruppen wieder finden.

Nach einer Weile ist eine Polizeikette und Hamburger Gitter aufgestellt. Ein Demonstrant versucht sie zu durchbrechen. Ein Polizist reagiert wütend und grimmig. Wir intervenieren kurz. Zwei Meter weiter ein fröhliches Jungengesicht in Polizeiuniform, der begeistert ist vom Protest und nächstes Mal gerne selber mit auf der Straße sitzen möchte.

Die Verantwortlichen von X-tausendmal quer machen über Lautsprecher Mut und mahnen zur Besonnenheit. Immer wieder betonen sie, dass diese Aktion hier nicht gegen die Polizei gerichtet ist, sondern gegen die Politik.

Im Gegensatz zu den Landespolizei-Einsatzkräften geht die Bundespolizei beim Räumen ziemlich ruppig vor. Die Lage wird für die wegtragenden Einsatzkräfte dadurch extrem erschwert, dass Ihnen ununterbrochen die Strohsäcke und zum Teil riesige Plastikplanen vor den Füßen herumliegen und sie dadurch leicht ins Stolpern kommen. Auch ihre eigenen Kollegen stehen ihnen in dem Chaos immer wieder im Weg herum. Dafür geht alles noch erstaunlich glimpflich ab. Irgendwann wird die Lage dadurch entspannt, dass ein Einsatzleiter einen kurzen Stopp befiehlt.

Maike Drude begibt sich außerhalb der Absperrungen, um die Ankommenden in Empfang zu nehmen. Den meisten geht es gut. Ein junges Mädchen klagt über einen umgedrehten Arm.

Es geht nur noch schnell. Um 7.30 Uhr ist alles vorbei. Viele Demonstranten stehen noch im Wald. Wollen hier bis zum Ende ausharren.

Bei unserem Einsatz in Gorleben und Umgebung hatten wir den Eindruck, dass unsere bloße Anwesenheit bereits dazu führte, dass sich die Polizeikräfte besonnener verhielten. Viele Beamte machten den Eindruck, dass sie das Anliegen der Demonstrierenden eher teilten als die Vorgaben der Politik.

Stefan El Karsheh, Uwe Schmidt Seffers, Stephan Wichert-von Holten

Im Rausch der Geschwindigkeit

Dienstag, 9. November; Gorleben vor dem Zwischenlager; ab 3.30 Uhr

Gemeinsam mit Stefan El Karsheh haben wir versucht einen verletzungsfreien Korridor zu schaffen bei der Räumung in Gorleben. Außerdem uns haben nur eine Polizeisprecherin und eine junge Frau aus dem Team der Polizeikontakte von X-tausendmal quer diese Aufgabe gleichfalls gesehen und wahrgenommen. Die Polizei hatte mit der Räumung angefangen, ohne zu organisieren, was mit den abgesetzten Demonstranten würde. So sind sehr oft sehr unglückliche Situationen allein dadurch entstanden, dass die Demonstranten noch nicht aufgestanden waren und oder aufstehen konnten, als schon die nächsten Polizisten mit weiteren Demonstranten kamen. Dies änderte sich auch während der ganzen Räumung nicht.

So wichtig die Presse natürlich bei einer solchen Räumung für alle Beteiligten ist, es gab immer wieder Szenen, wo sie für die Demonstranten und Polizisten einen deutliches Verletzungsrisiko und eine Behinderung einer verletzungsfreien Räumung dargestellt haben.

Ein Kamerateam meinte direkt vor einem solchen Wegtragekorridor ein Interview machen zu müssen und beschimpfte wegtragende Polizisten und Demonstranten gleichfalls, dass sie doch unmöglich die Presse bei ihrer Arbeit stören könnten. In diesem Fall war es eine ältere Demonstrantin, die den beiden ein Vogel zeigte und damit ein Schultertätscheln eines Polizisten erntete. In einem anderen Fall musste Stephan Wichert-von Holten einen Fotografen von einem jungen Mann herunterziehen, der sich einfach auf dessen Rucksack gestellt hatte und ihn damit am Aufstehen hinderte. Prompt stürzten zwei Beamte über den am Boden liegenden, weil ihnen durch diesen Reporter die Sicht gänzlich verstellt war. Einer der Beamten hielt sich sichtlich schmerzhaft das Knie.

Teilweise hatte die Räumung eine solche Geschwindigkeit, dass die Polizisten sich nicht hinreichend absprechen konnten. So wurde ein junger Demonstrant, der sichtlich übergewichtig war, von nur zwei Polizisten weggeschleppt, die einfach keinen dritten, vierten oder sogar fünften Mann gefunden hatten. Sie konnten ihn deshalb fast nur über den Boden schleifen. Das führte dazu, dass sowohl Rucksack als auch Jacke, Hemd und Unterhemd auf der Strecke geblieben waren, so dass der junge Mann mit freiem Oberkörper angekommen war. Glücklicherweise zog er sich dabei keine ernsten

Verletzung zu. Die Polizisten setzten ihn sichtlich stöhnend ab und kamen gleich darauf mit seiner Bekleidung wieder. Ein Polizist sagte: „Mensch nächste Mal läufst du aber!“ Der junge Mann winkte einigermaßen gelassen hinterher, schämte sich ein wenig seines etwas unwürdigen Zustandes, kleidete sich an und sagte anerkennend: „Die haben sich echt alle Mühe gegeben und dafür ist das ziemlich gut ausgegangen.“ Im Umfeld schimpften trotzdem einige Menschen sehr mit den beiden Polizisten.

Wie schon in Harlingen hat hier die Polizeiführung relativ schnell auf Beschwerden reagiert. So kam es aber während des Einsatzes bei der Räumung in Gorleben zu einer etwas grotesken Situation: Die Polizei machte ihre Arbeit gut und war gerade über den Sprecherwagen von X-tausendmal quer gelobt worden, da beschwerte sich ein Polizist beschwerte bei Stephan Wichert-von Holten sehr intensiv darüber, dass doch bitteschön mit den Beschwerden endlich Schluss sein sollte, sie bekämen permanent Druck über die Funkgeräte, dass sie besser räumen sollten. Dabei täten sie schon alles was sie nur könnten. Als Stephan Wichert-von Holten dann eine Konfliktmanagerin der Polizei auf diesen Sachverhalt ansprach, merkte er wie schwierig es ist, an die Polizei ein Lob weiterzugeben. Selbst im direkten Gespräch mit der Konfliktmanagerin wurde das Lob anscheinend als Beschwerde wahrgenommen.

Sandra Bills, Anne Kathrin Bode, Annegret Kröger, Eckhard Kruse,
Theda Kruse, Anna Dorothea Küster, Waldemar Rausch

„Hier geschehen unglaubliche strategische Fehler!“

Dienstag, 9. November, Gorleben vor dem Zwischenlager; zwischen ca. 6.00 und 7.00 Uhr

Der hintere Teil der Sitzblockade wirkt im Gegensatz zum vorderen etwas unstrukturierter, die Menschen sitzen nicht so „feinsäuberlich“ aufgereiht wie vorne.

Die Beamten der Bundespolizei in schwarzer Kluft stehen teilweise in Reihen bis zu fünf Menschen hintereinander auf einer Länge von ca. 50 Metern zwischen den Demonstranten und dem Wald; weitere Polizisten stehen auf der Straße. Die Polizisten tragen keine Helme, ihre Gesichter sind in der Dämmerung gut zu erkennen.

Es erfolgt eine Durchsage von X-tausendmal quer, dass nun auch von hinten geräumt wird. Ohne Ansage der Polizei geht es auf einmal los. Die Polizisten stürzen sich von hinten und der linken Seite auf die Menschen in der Sitzblockade. Es wirkt recht unorganisiert und hektisch. Selbst die anwesenden Konfliktmanager der Polizei schienen so überrascht von dem Vorgehen zu sein, dass sie Mühe hatten, nicht umgerannt zu werden. Annegret Kröger und Anne Kathrin Bode geraten mitten in das Gemenge. Annegret Kröger beobachtet, wie zwei Demonstrierende an den Hang der Böschung geworfen werden. Einen älteren Polizisten hört Anne Kathrin Bode sagen: „Hier geschehen unglaubliche strategische Fehler.“

Es geht alles sehr schnell. Anna Küster wird hin und her gestoßen. Nach einer Weile zieht eine Konfliktmanagerin sie zur Seite und bittet sie, sie solle bei ihr bleiben. Gemeinsam mit den Konfliktmanagern stellen wir fest, dass dies eine recht andere „Gangart“ als bei der Räumung vorne sei.

Anne Kathrin Bode erlebt ebenfalls die Situation als vollkommen unübersichtlich. Zwischen Straße und Wald befindet sich ein Höhenunterschied von ca. einem Meter. Einige Demonstranten werden praktisch mit Schwung hinauf zum Wald befördert. Einige werden unnötigerweise geschubst. Wir sehen zwei Demonstrantinnen mit Schürfwunden.

Ein Polizeisprecher sagt über Lautsprecher, dass sich alle wieder beruhigen und ein paar Sekunden durchatmen mögen. Ein Pfiff ertönt und die Bundespolizisten stellen sich in Reihen auf. Danach wirkt die Räumung wieder strukturierter.

Wir waren überrascht darüber, wie schnell die Stimmung umschlagen konnte. Es war förmlich zu spüren, wie aufgrund des „überfallartigen“ Eingreifens von mehreren Polizisten gleichzeitig auf die Demonstranten, diese aggressiv wurden, anfangen zu pöbeln und sich unterhaken. So lange sich alle Beteiligten an die vorher abgesprochenen Regeln gehalten haben, und soweit Kamerateams, Abgeordnete und Seelsorger vor Ort waren ging es für alle Beteiligten zufrieden stellend zu.

Wer die Anordnung zur Räumung gab, muss dies im Wissen darum getan haben, dass nicht genügend Polizeikräfte zur Absicherung der Seiten der Sitzblockade anwesend waren. Erst als kein Demonstrant mehr auf der Straße war kamen die „Hamburger Gitter“ und wurden als Kulisse aufgestellt für den bald einrollenden Castor-Transport. Die Demonstrierenden hatten sich auf eine lange Verweildauer eingestellt – die Beamten waren darauf offenkundig nicht vorbereitet. In jedem Fall waren die Beamten ungenügend versorgt und viel zu lange im Einsatz.

Uwe Schmidt-Seffers, Wolf von Nordheim, Stephan Wichert-von Holten

Rückzug

Dienstag, 9. November; Gorleben vor dem Zwischenlager, Morgenstunden

Zusammenfassend können wir sagen: Wir sind positiv beeindruckt von der Friedfertigkeit der Demonstranten, der guten Organisation der Blockaden durch die Bürgerinitiativen und dem überwiegend sehr friedlichen Auftreten der Polizei. Wir sind Zeugen geworden von anrührenden Szenen, wo sich sowohl die Demonstranten für die faire Behandlung beim Räumen als auch die Polizisten bei den Blockierenden für das „Mitmachen“ beim Wegtragen bedankt haben.

Übergriffiges Verhalten der Bundespolizei haben wir allerdings bei der Blockade in Gorleben erlebt, als man in den frühen Morgenstunden auch von der zweiten Seite zu räumen begann. Hier hatte man keine Hamburger Gitter zur Verfügung wie im Bereich vor dem Zugang zum Zwischenlager; stattdessen kesselte die Bundespolizei ca. 50m lange Blockade- Abschnitte ein und räumte von allen Seiten. Dieses Vorgehen hat zu einer spürbaren Unruhe unter den Demonstrierenden geführt. Offenbar war die Bundespolizei aufgefordert, ein schnelleres Räumtempo vorzulegen. Dabei ist es vielfach auch zu Schmerzgriffen durch die Polizei gekommen, die in den Stunden zuvor von den Länderpolizeien (vor allem Baden-Württemberg) nicht angewandt worden sind. Ein Konfliktmanager der Polizei, den Uwe Schmidt-Seffers mit der Frage ansprach, ob man das Tempo der Räumung nicht etwas drosseln könne, weil auch die Bundespolizisten sichtbar angestrengt waren, wurde mit der Kommentar bedacht: „Wir müssen jetzt mal eine schärfere Gangart an den Tag legen. So geht das nicht weiter.“

Übergriffiges Verhalten der Polizei, dort wo sich Demonstrierende gegenseitig eingehakt hatten, wollten die Konfliktmanager nicht beobachtet haben, obwohl es offensichtlich war, dass Polizisten sehr heftig mit ihren Knien in Genitalbereichen Schmerzen zufügen wollten. Für Uwe Schmidt-Seffers war die offensichtliche Tatenlosigkeit und Machtlosigkeit der Konfliktmanager eine ernüchternde Erfahrung.

Als das Vorgehen der Bundesspolizei schließlich zu rabiat wurde - auch uns als Seelsorger gegenüber - haben wir keine Möglichkeit mehr gesehen, mäßigenden Einfluss auszuüben und mussten uns notgedrungen zurückziehen.

Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann, die ausgebildete Polizistin ist, merkte bei der Beobachtung des Vorgehens durch die Bundespolizei gegenüber Uwe Schmidt-Seffers an, dass diese Einheit offenbar gar nicht ausgebildet sei in einer friedlichen Räumung von Blockaden, zu wenig koordiniert und zu dilettantisch sei deren Vorgehen gewesen.

(Johannes Link, Jens Rohlfing)

„Ich will doch noch Babys machen!“

Dienstag, 9. November, Gorleben vor dem Zwischenlager; 9:45 Uhr

Der zweite Castor-Behälter fährt auf der geräumten Straße in das Zwischenlager. Die Bereitschaftspolizei aus Baden-Württemberg bildet mit einem Abstand von ca. 60 m zur Straße eine Kette. Da läuft eine junge Polizistin, mit der wir zuvor kurz gesprochen hatten, mit angstvollen Augen weiter in den Wald hinein, hält ihre Hände schützend vor ihren Unterleib und ruft ihren Kollegen zu: „Ich will doch noch Babys machen!“

Jens Rohlfing

Kirchenschlaf

Mittwoch, 10. November; Mail²

Aus einer Mail, die am 10. November ankam:

*„Sehr geehrter Herr Pfarrer Rohlfing,
ich bin einer der Menschen, die in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in ihrer Kirche übernachtet haben... Zum einen wollte ich mich bedanken, dass Sie die Kirche für uns geöffnet haben, wir hätten sonst tatsächlich nicht gewusst, wo wir schlafen sollen... Weiterhin möchte ich Ihnen ein Erlebnis mitteilen, das mich tief berührt hat. Als ich am Sonntag morgen aufgewacht bin - ich habe im Kirchenschiff geschlafen - habe ich das Fensterbild gesehen, auf dem Jesus Petrus aus den Fluten hilft. Am Montag, nachdem ich die ganze Nacht auf den Gleisen und in der "Gefangenenammelstelle" verbracht habe, habe ich mir die Bibelstelle notiert und heute morgen nachgelesen.*

*Mit freundlichen Grüßen,
Torsten K., Dresden.“*

² Während der Castorzeit haben die Kirchengemeinden an der Strecke ihre Gemeindegäuser und Kirchen geöffnet, um Demonstrierenden ein Dach über dem Kopf anzubieten.

Anlagen

Pressestelle der Landeskirche
Dr. Johannes Neukirch, Pressesprecher

Presseerklärung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur Weitererkundung des Gorlebener Salzstocks als möglichen Endlagerstandort für hoch-radioaktive wärmeentwickelnde Abfälle

Donnerstag, 21. Oktober 2010; Hannover

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers unterstützt die Klage der Kirchengemeinde Gartow gegen die Zulassung der Arbeiten zur Fortsetzung der Erkundung des Gorlebener Salzstocks. Die Kirchengemeinde hat ihre Klage heute beim Verwaltungsgericht Lüneburg eingereicht. Sie verfügt über Grundstücke und Salzrechte im Erkundungsgebiet.

Die Kirchengemeinde Gartow klagt gegen das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld wegen Verlängerung des Rahmenbetriebsplans für die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben bis zum 30.09.2020 und wegen der Zulassung des Hauptbetriebsplans 2010/2012 für das Bergwerk Gorleben zur Erkundung des Salzstocks Gorleben.

Die hannoversche Landeskirche begleitet den Prozess der Erkundung des Gorlebener Salzstocks von Anfang an. Sie ist nicht grundsätzlich gegen Erkundungen, hält jedoch - zusammen mit der Kirchengemeinde - die folgenden von der Landessynode beschlossenen notwendigen Bedingungen für nicht gegeben: 1. gleichzeitige Erkundung mindestens eines weiteren Standortes und eines anderen Wirtsgesteins als Salz, 2. in einem transparenten öffentlichen Verfahren entwickelte standortunabhängige Sicherheitskriterien nach internationalem Standard, 3. Erkundung nach den Regeln des Atomrechts statt des Bergrechts, damit unter dessen speziellen Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger.

"Aufgrund ihres biblischen Auftrags ist die Kirche verpflichtet, sich mit allem Nachdruck für die Bewahrung und verantwortliche Bebauung der Schöpfung einzusetzen. Entscheidungen und Maßnahmen müssen am Kriterium der Risikovermeidung für Mensch und Natur gemessen werden und bis in eine weit entfernte Zukunft Bestand haben. Aufgrund des außerordentlich hohen Gefährdungspotentials der Endlagerung hoch-radioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle müssen strengste Maßstäbe für die Sicherheit eines Endlagers gelten. Unserer Meinung nach bedarf es bei einer Entscheidung dieser Reichweite eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses, der Parteien, gesellschaftliche Gruppen und Wahlperioden übergreift", sagt Arend de Vries, geistlicher Vizepräsident des Landeskirchenamtes.

Die hannoversche Landeskirche hat großes Verständnis für die Sorgen der Bevölkerung im Wendland und erwartet von den politisch Verantwortlichen, dass den betroffenen Menschen Vertrauen entgegengebracht wird, dass sie in sämtliche Prozesse einbezogen werden und die Erkundung transparent, nachprüfbar und ergebnisoffen durchgeführt wird. Deshalb unterstützt sie, ebenso wie der Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg, die Klage der Kirchengemeinde Gartow. Im Blick auf die anstehenden CASTOR-Transporte appelliert sie an alle Beteiligten, sich ihrer Friedenspflicht bewusst zu sein und Gewaltlosigkeit zu üben.

Hans-Hermann Jantzen
Bischofsvikar der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
und Landessuperintendent im Sprengel Lüneburg

Eine „ungehaltene“ Rede

Sonntag, 7. November; Kundgebung in Splietau³

Rund 50.000 Menschen haben sich in diesem Jahr auf den Weg gemacht, um gegen die Aufkündigung des mühsam errungenen Konsenses über den Atomausstieg zu protestieren. Ich bin froh, dass die große Demonstration gestern insgesamt friedlich verlaufen ist. Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt und immer wieder zur Besonnenheit aufgerufen haben. Die Polizei beziehe ich ausdrücklich mit ein.

Wer bislang noch meinte, den Widerstand gegen die Atomkraft als ein regionales Phänomen abtun zu können, ist spätestens jetzt eines Besseren belehrt. Die Bundesregierung und die Energiekonzerne haben mit ihren Entscheidungen der letzten Wochen und Monate große Teile der Bevölkerung gegen sich aufgebracht, quer durch alle Schichten und Altersgruppen. Es sind vor allem die Verlängerung der Laufzeiten angesichts der ungelösten Endlagerfrage und die alternativlose Weitererkundung des Gorlebener Salzstocks ohne klare Kriterien, die für viele Menschen das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Es ist diese Politik, der wir uns widersetzen – so lange, bis sie sich ändert und wieder die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Viel Vertrauen ist in der Vergangenheit verspielt worden:

- Das Moratorium wurde nicht genutzt, um sich auf Kriterien für ein geeignetes Endlager zu verständigen und die Suche nach alternativen Standorten auf den Weg zu bringen, weder von der rot-grünen Bundesregierung noch von der Großen Koalition.
- Die Enthüllungen der katastrophalen Zustände in der Asse und der politische Umgang damit haben das Vertrauen vieler Menschen in die Politik erschüttert.
- Die Entdeckung einschlägiger Aktenvermerke hat die Vermutung verstärkt, die Entscheidung für Gorleben als möglichem Endlagerstandort sei in erster Linie aus politischen Erwägungen und nicht unter fachlichen Gesichtspunkten getroffen worden.
- Die jüngsten Vereinbarungen der Regierung mit den Energiekonzernen über die Verlängerung der Laufzeiten, über Abgaben und Brennelementesteuer haben bei vielen den faden Beigeschmack hinterlassen, Politik sei käuflich.
- Und schließlich wird durch das Beharren der Bundesregierung, die Weitererkundung nach dem Bergrecht vorzunehmen unter weitgehender Umgehung öffentlicher Beteiligung, der Verdacht genährt, hier solle etwas unter der Decke gehalten werden.

Alles in allem ein politisches Desaster. Ich finde es bemerkenswert, dass inzwischen auch aus den Reihen der CDU Zweifel an dem bisherigen Vorgehen geäußert und mehr Offenheit und Sensibilität gegenüber den berechtigten Sorgen der Menschen angemahnt werden, allen voran Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Ich spreche heute zu Ihnen als stellvertretender Landesbischof der ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Warum mischt sich eigentlich Kirche in diesen gesellschaftlichen Konflikt ein?

Es gibt einen biblischen Auftrag an uns Menschen, am bündigsten mit der Kurzformel „bebauen und bewahren“ wiedergegeben. Im 1. Buch Mose im zweiten Schöpfungsbericht lesen wir: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ Den Garten Eden, die gute Schöpfung Gottes bebauen und bewahren: diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet. Aufgrund dieses Auftrags sehen wir uns in der Verantwortung. Bebauen: Unsere Welt,

³ *Anmerkung der Redaktion:* Die Kundgebung, auf der Hans-Hermann Jantzen diese Rede halten wollte, hat nicht stattgefunden, weil der Castorzug die Umladestation in Dannenberg erst mit vielen Stunden Verspätung erreicht hat. Darum ist sie nie gehalten worden, leider!

unser Leben müssen gestaltet werden, selbstverständlich auch mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung, unter Nutzung der technischen Möglichkeiten. Aber immer unter dem Aspekt des Bewahrens, der Nachhaltigkeit! Kirche nimmt ein Wächteramt wahr. Wir dürfen keine Entscheidungen treffen, die die Zukunft von Mensch und Natur verbauen. Weil Gott ein Freund des Lebens ist, wie es so schön im Buch der Weisheit heißt, dürfen wir nicht zu Feinden des Lebens werden.

Genau das aber steht hier zur Debatte! Die beiden großen christlichen Kirchen stehen in ökumenischer Einmütigkeit zu der Überzeugung, dass die Atomenergie nicht zukunftsweisend ist. Vielmehr ist sie Ausdruck menschlicher Überheblichkeit und einer inakzeptablen, weil zukunftsgefährdenden Lebensweise. Auch das sind alte biblische Weisheiten. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnert daran, wo es hinführt, wenn der Mensch sein Maß verliert und einen Turm bis an den Himmel bauen will. Und das Volk Israel hat im Umgang mit dem Land immer darauf geachtet, dass es nicht ausgebeutet werden darf, bis alle Ressourcen erschöpft sind.

Die kirchliche Haltung zur Kernenergie, nachzulesen in den Erklärungen vieler Synoden, von der Ebene der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz über die Landeskirchen bis in die Kirchenkreise, lässt sich so auf den Punkt bringen: Kernenergie ist wegen ihres zu hohen Schadenpotenzials nicht zu verantworten. Angesichts eines fehlenden Endlagerkonzepts stellt der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eine Verletzung der grundlegenden Pflicht der politischen und wirtschaftlichen Eliten zum Gemeinwohl dar.

Ich möchte das an einigen Punkten ausführen:

1. Als Kirchen sind wir der Überzeugung: die Kernenergie ist nicht menschengerecht und darum letztlich auch nicht beherrschbar. Zeiträume von bis zu einer Million Jahre, in denen der strahlende Müll sicher verwahrt werden muss, übersteigen unseren menschlichen Zeit- und Verantwortungshorizont. Die Bibel (und ebenso Martin Luther) hat ein sehr realistisches Bild vom Menschen: er ist irrtumsanfällig, er macht Fehler, er erliegt leicht der Versuchung der Macht und des Geldes. Konkrete Beispiele, wie etwa der verantwortungslose Umgang mit dem Atommüll in der Asse, lassen sich zuhauf finden. Der Mensch überschätzt sich permanent und setzt sich in seiner Überheblichkeit gern an die Stelle Gottes, will selber „sein wie Gott“. Das meint die Bibel übrigens mit Ur-Sünde.

Eine Technologie, die keine Fehler erlaubt, ist nicht menschenfreundlich. Wir müssen die Prioritäten wieder zurecht rücken. Die menschlichen Belange haben im Vordergrund zu stehen. Gesundheit und Sicherheit gehen vor wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen. Oder um eine Weisheit Jesu aus dem NT aufzunehmen: Die Energiepolitik ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Interessen der Atomwirtschaft.

2. Als Kirchen widersprechen wir den oft vorgebrachten Argumenten, die Kernenergie sei billiger, sauberer und Klima schonender. Sobald man eine Gesamtrechnung aufmacht, sieht die Sache ganz anders aus. Unseres Erachtens müssen die Kosten für die Atommülltransporte, für die Endlagerung inklusive der Erkundung mehrerer Standorte mit einberechnet werden, ebenso die künftige Rückholbarkeit. Und bei einer umfassenden Ökobilanz von der Urangewinnung (unter z.T. höchst inhumanen Arbeitsbedingungen, z.B. in Niger) über den Transport bis zur Errichtung und zum Abbau der Kernkraftwerke bleibt von der Klimafreundlichkeit der Atomenergie nichts mehr übrig.

3. Als Kirchen halten wir die Verlängerung der Laufzeiten für die AKWs angesichts der ungelösten Endlagerfrage für verantwortungslos. Die Menge des hochradioaktiven Mülls würde um rund 4.500 t erhöht, obwohl wir noch kein Endlager haben und schon jetzt größte Probleme mit dem Müll aus Asse II auftreten. Außerdem behindert die Laufzeitverlängerung nach dem Urteil vieler Fachleute die Entwicklung der erneuerbaren Energien (z.B. weil die Einspeisungsvorgänge nicht kompatibel sind), was den Begriff der Brückentechnologie in meinen Augen obsolet macht.

Das Hauptproblem bleibt die ungeklärte Endlagerung. Hier muss nach Meinung der Kirchen dringend ein Parteien und Wahlperioden übergreifender gesellschaftlicher Konsens gesucht werden. Der lässt sich jedoch nicht finden, wenn allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz bereits eine faktische Vorfestlegung auf Gorleben besteht. Die dort bereits getätigten Milliardeninvestitionen können doch kein Argument für die Eignung des Salzstocks sein! Es ist für mich völlig unverständlich, dass bislang alle wissenschaftlichen Gutachten, die eine Eignung in Frage stellen, beharrlich ignoriert werden. Und markige Äußerungen von Politikern, vor allem aus dem Süden der Republik, machen mich mehr als skeptisch gegenüber der verkündeten Ergebnisoffenheit der Weitererkundung in Gorleben.

Die Hannoversche Landeskirche hat mehrfach die Voraussetzungen benannt, unter denen wir uns eine Weitererkundung vorstellen können, etwa auf der Tagung der Landessynode im November vorigen Jahres oder jetzt kürzlich anlässlich der Klage der Kirchengemeinde Gartow gegen die Weitererkundung:

- Wir brauchen eindeutige und international anerkannte Eignungskriterien für ein Endlager, damit klar ist, woraufhin ein möglicher Standort erkundet werden soll. Der AK End hat längst Kriterien formuliert. Sie finden nur bis heute keine Anwendung.
- Wir halten es für unabdingbar, mindestens einen alternativen Standort mit einem anderen Wirtsgestein zu untersuchen. Natürlich weiß ich, wie schwierig es sein wird, eine solche Standorterkundung politisch durchzusetzen. Geschieht das jedoch nicht, verliert die Beteuerung, die Weitererkundung in Gorleben sei „ergebnisoffen“, jede Glaubwürdigkeit.
- Schließlich kritisieren wir als Kirche, dass die Weitererkundung nach dem alten Bergrecht erfolgen soll. Jedes große Bauvorhaben bedarf nach spätestens drei Jahren einer neuen Genehmigung. Darum darf der bald 30 Jahre alte Rahmenbetriebsplan nicht einfach so fortgeschrieben werden. Wir erwarten, dass die Weitererkundung nach den schärferen Regeln des Atomrechts vorgenommen wird mit einer verbindlichen Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange und unter strengerer Beachtung der Sicherheitsfaktoren.

Weil wir wollen, dass diese unklaren rechtlichen Bedingungen von unabhängigen Gerichten geklärt werden, unterstützt die Landeskirche auch die Klage der Kirchengemeinde Gartow.

Ich hoffe, so viel ist in der Kürze klar geworden: Kirche mischt sich ein aus Sorge um die Schöpfung und die Menschen. Und dabei sind wir keine Nein-Sager, sondern überzeugte Ja-Sager.

- Wir sagen Ja zu einem zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Schon im Jahr 2050 könnten nach seriösen Prognosen 80 % unseres Energiebedarfs dadurch gedeckt werden! Das ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Neue Versorgungsleitungen und größere Speicherkapazitäten sind erforderlich. Aber das darf uns angesichts der Tragweite der Entscheidungen nicht schrecken. Und unterm Strich wird die Bilanz gegenüber der Kernkraft positiv aussehen.
- Zugleich sagen wir Ja zu drastischen Energieeinsparungen. Die EKD und besonders die Hannoversche Landeskirche haben sich selbst dazu verpflichtet. Seit 2006 gibt unsere Landeskirche jährlich rd. 5 Mio. € für Energieeinsparungsmaßnahmen aus. Das Programm „Grüner Hahn“ wird inzwischen von vielen Kirchengemeinden aufgegriffen und umgesetzt.
- Und wir sagen Ja zu einem nationalen oder europäischen Entsorgungskonzept. Unsere Kritik am Standort Gorleben beruht nicht auf dem St. Floriansprinzip: überall, bloß nicht vor unserer Haustür! Aber es muss eben der am besten geeignete Standort gefunden werden. Und da hegen wir im Blick auf den Gorlebener Salzstock erhebliche Zweifel. Sollte allerdings die Erkundung – wohlgemerkt: mit den geforderten Alternativen – am Ende ergeben, dass er doch der geeignetste Standort ist, würden die Kirchen das akzeptieren.

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, treten wir als Kirchen für die überfällige Energiewende und einen Zivilisationswandel durch einen

neuen Lebensstil ein. Nur so werden wir den schönen Planeten Erde, diesen uns von Gott geschenkten Lebensraum, auch künftig „bebauen und bewahren“ können.

Einige wissen es: Vor einem Jahr, am Reformationstag 2009, habe ich in Tespe gegenüber vom Kernkraftwerk Krümmel einen Apfelbaum gepflanzt. In Anknüpfung an das von Martin Luther überlieferte Wort: „Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich doch heute mein Apfelbäumchen pflanzen!“ wollte ich ein Hoffnungszeichen setzen und dazu ermutigen, beharrlich an einer besseren Zukunft unserer Welt zu arbeiten.

Es wird ein langer Weg. Aber er ist alternativlos. Lassen Sie ihn uns gemeinsam gehen.

Inhaltsverzeichnis

Fazit	2
Berichte	4
Worte schaffen guten Demonstrationsverlauf	4
Motorradjacke eine Waffe?	4
Abgrillen!	4
Quickborn – das inhaftierte Dorf	5
„Molli“ in Leitstade	7
Üben tät gut!	7
„Augen zum Störer“	8
Immer mit der Ruhe!	10
Raucherpause	11
Wir können nicht mehr!	11
„Da müssen wir etwas tun!“	11
Gefangenensammelstelle bei Minusgraden	12
„Da habe ich aber keine Lust zu!“	12
Alle anderen konnten das auch!	14
Familienzusammenführung	14
Dialog am Rande	15
Grippe!	15
Laase	16
Die Polizei ist nicht zu sprechen	17
Der „Landesbischof“ ist da – na und?	18
„Hier kommen Sie nicht durch!“	19
„Wieso, es läuft doch alles ganz gut!“	19
X-tausendmal quer sagt Danke	20
Dafür geht alles noch glimpflich ab	21
Im Rausch der Geschwindigkeit	22
„Hier geschehen unglaubliche strategische Fehler!“	23
Rückzug	24
„Ich will doch noch Babys machen!“	25
Kirchenschlaf	25
Anlagen	26
Presseerklärung	26
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers	
zur Weitererkundung des Gorlebener Salzstocks	
Eine „ungehaltene“ Rede, Hans-Herrmann Jantzen	27
Worte der Besinnung in der Elbe-Jeetzel-Zeitung, Anna Küster	32

Anna-Dorothea Küster

Worte der Besinnung

Samstag, 13. November; Elbe-Jeetz-Zeitung

Drei Tage nach meinen ersten „CastorTagen“. Meine Gedanken drehen sich, so viel habe ich erlebt: einen 14-jährigen und eine 85-jährige gemeinsam Brötchen schmierend; beeindruckende Nachbarschafts- und Bezugsgruppen bei der Gorlebener Sitzblockade; Polizisten, die erklären, wie sich eine Frau setzen soll, wenn sie sie forttragen – all dies, aber auch Castor-Behälter, die laut GREENPEACE, mehr strahlen als die vorherigen; eine Einheit im Einsatz, die schnellstmöglich räumen will, mich brüsk zur Seite stößt; wenige verummte Gestalten, die sich pöbelnd einem Polizisten nähern. All dies und noch viel mehr – ich versuche, zu verstehen, was eigentlich passiert ist in den letzten Tagen. Denke an den Satz, dass „wir doch eins sind in Jesus Christus“ (Gal 3,28), überlege, was das bedeutet? Für mich, für andere, die dabei waren.

Frage nach ihren Eindrücken und bekam Antworten:

Nicole Lützens, Konfliktmanagerin der Polizei: „Ich habe in den Tagen des Castortransportes sehr viele unterschiedliche Menschen erlebt. Ich habe erlebt, wie verschiedene Meinungen auf ganz verschiedene Arten zum Ausdruck gebracht wurden. Ich selber, in der Rolle einer Konfliktmanagerin der Polizei, fand mich mitten in dieser Vielfalt wieder. Durch meine Lebensgrundlage, Jesus Christus, war es mir ein Anliegen, das zu sehen, was uns alle verbindet: Wir alle, Demonstranten, Polizisten, Pastoren sind Geschöpfe Gottes. Und wir, die wir an Ihn glauben, sind durch Ihn miteinander verbunden. Dieser Gedanke hat mich durch diese Tage begleitet und ich durfte in großen Teilen miterleben, was es heißt, respektvollen und friedfertigen Umgang zu leben: *Eine 75-jährige Frau sitzt mit leicht ängstlichem Blick in der Sitzblockade und beobachtet die Räumungsaktionen um sie herum. Als zwei Polizisten auf sie zukommen, beugt sich einer von ihnen zu ihr herunter und fragt sie mit ruhiger Stimme „Und was machen wir jetzt? Wollen Sie mitgehen oder getragen werden?“ Die Frau antwortet zaghaft: „Eigentlich möchte ich gerne weggetragen werden.“ Darauf erwidert der Beamte: „Na gut, dann tragen wir Sie weg. Das kriegen wir schon hin.“ Und dann wird sie vorsichtig aus der Blockade getragen.“*

Johannes Link, Pastor: „Dienstagmorgen vor dem Zwischenlager in Gorleben – die 3000 Blockierer waren nach der nächtlichen Räumung der Zufahrtstraße durch die Polizei größtenteils müde, erschöpft und durchgefroren nach Hause gegangen. Todmüde Polizeibeamte und -beamtinnen in Kettenaufstellung mit Rückenschmerzen, Ringen unter den Augen und ihrer 18kg-Montur hofften nur noch eines: dass die Castoren auf den Tiefladern bald kommen, ins Zwischenlager einbiegen, dass die großen Gittertore verschlossen werden und sie endlich sich hinsetzen, warm essen, schlafen und nach Hause fahren können. Ein befreundeter Seelsorger und ich standen zwischen den harrenden Fotoreportern der Polizeikette gegenüber. Wir unterhielten uns mit vier jungen Beamten über dieses und jenes. Dann kam der gespenstische Tross aus 11 Tiefladern und etwa 30 vollbesetzten Mannschaftswagen mit Blaulicht zügig in die Zielgerade eingebogen, aufwirbelndes Stroh, die weißen tonnenschweren Kisten, laute Motorengeräusche, schwenkende Fernsehkameras - alles stand irgendwie „unter Strom“. Die Polizeiketten auf beiden Straßenseiten, die letzten 100 Demonstranten mit ihren Trillerpfeifen und wir vom Seelsorgedienst der Kirche rückten von der Fahrbahn weg etwas tiefer in den Kiefernwald. Plötzlich löste sich vor uns eine junge Beamtin aus der Kette und lief noch weiter in den Wald hinein. Wir schauten ihr hinterher. „Ich will noch Kinder machen!“ rief sie in Schwäbisch einer Kollegin zu. Dieser kurze Moment rührte mich an: Unbeirrbarer Kinderwunsch im Angesicht des Geisterzuges. Das hat sich mir eingeprägt. Das trieb mir Tränen in die Augen. Das lässt mich hoffen.“

Ich forme meine eigene Antwort: „Eins sein in Jesus Christus“ bedeutet für mich, Leben zu wollen, für mich und meine Kinder. Das heißt, die Schöpfung zu wahren, zu behüten und nicht auf Millionen von Jahren, die ich gar nicht absehen kann, durch zerstörerische Technologie zu bedrohen. Das heißt auch, Menschen wahrzunehmen, zu zuhören und auf ihre Verantwortung anzusprechen! Sind sie doch Menschen, wie ich.